

metall



Nr. 9

September 2006
Jahrgang 58
D 4713

Das Monatsmagazin der IG Metall



Berliner Sozialabbau

Wen es trifft

Grundsicherung im Alter

Wenn die Rente zum Leben
nicht mehr reicht

Monatsökonom

Koalition würgt Konjunktur ab



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Das geht besser – aber nicht von allein

Vier Wochen lang regierte König Fußball. Nicht die Bundesregierung und die Parteien bestimmten die Nachrichten, sondern das Fußballgeschehen. Allerdings: Das politische Leben ging weiter. Und die Große Koalition nutzte das Fußballfieber, um schnell – ohne großen Aufschrei der Öffentlichkeit – weitere »Reformen« zu präsentieren. Im Fußball wurde Neues gewagt – erfolgreich. Im Gegensatz dazu die Große Koalition. Sie hat nicht den Mut neue Wege zu gehen. Wie immer in den vergangenen Jahren bedeuten die Pläne der Bundesregierung: Arbeitgeber werden erheblich entlastet – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien kräftig belastet.

Zum Beispiel die Gesundheitsreform: Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung soll auf ein Fondsmodell umgestellt werden. Schon jetzt ist klar: Die Beiträge der Beschäftigten werden höher sein, als die der Arbeitgeber. Bis zu einem Prozent des Bruttohaushaltseinkommens müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft zusätzlich zahlen. Die Arbeitgeber werden damit endgültig aus der Verantwortung für eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens entlassen.

Zum Beispiel die Steuerpolitik: Die bestehende Schieflage zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird weiter verschärft, wenn die Pläne der Bundesregierung Gesetz werden. Während die Eckpunkte zur Unternehmenssteuerreform die Unternehmen jährlich um rund acht Milliarden Euro entlasten, wird den Beschäftigten wieder kräftig in die Tasche gegriffen: durch den Abbau der Pendlerpauschale und des Sparerfreibetrags oder durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Damit zeigen auch die beiden jüngsten Reformschritte: Die Große Koalition setzt die Umverteilungspolitik der Vorgängerregierungen fort. Den Kleinen wird genommen, den Großen gegeben.

Was wir zu dieser Politik sagen, liegt auf der Hand: Schluss mit den Geschenken für Arbeitgeber und weiteren Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es muss anders werden. Das geht besser. Wir sagen nicht nur Nein. Wir haben Alternativen: für eine aktive Beschäftigungspolitik, für mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur und soziale Dienstleistungen, für eine nachhaltige und sozial gerechte Bürgerversicherung.

Das kommt aber nicht von allein. Darum werden wir gemeinsam mit Bündnispartnern zu regionalen Demonstrationen gegen die Politik der Bundesregierung in Berlin, München, Stuttgart, Wiesbaden und Dortmund am 21. Oktober mobil machen. Jetzt gilt es, in der Gesellschaft und bei den Parteien für eine andere Politik zu werben – und Druck zu machen. Denn entschieden ist in Sachen Gesundheitsreform, Unternehmenssteuer und Rente mit 67 noch nichts.

Jürgen Peters

»Schluss mit den Geschenken für Arbeitgeber und weiteren Belastungen für Arbeitnehmer. Es muss anders werden. Das geht besser. Wir sagen nicht nur Nein. Wir haben Alternativen: für eine aktive Beschäftigungspolitik, für mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur und soziale Dienstleistungen, für eine nachhaltige und sozial gerechte Bürgerversicherung.«

Mitglieder-Kampagne

Die Kampagne »Ziehen Sie mit!« läuft auf Hochtouren, noch bis in den Herbst. Warum es sich lohnt und Spaß macht, neue Mitglieder zu werben, verraten Metaller in dieser Ausgabe.

Seite 16



Foto: GRAFFITI / Roettgens



Foto: go-digitalpro / Bachme

Mittelstandspolitik

Hinter dem Begriff »Entbürokratisierung« versteckt sich ein geplanter Angriff auf Mitbestimmung, Kündigungsschutz und Arbeitszeit. Das lässt sich die IG Metall nicht gefallen. Sie fordert Innovation und Weiterbildung.

Seite 19

Welche Rechte haben Auszubildende?

Müssen Auszubildende das Auto vom Chef waschen? Dürfen sie während der Arbeitszeit ihr Piercing tragen? **metall** weiß die Antworten.

Seite 26



Foto: Werner Bachmeier

Editorial

Jürgen Peters über die Schwarz-Rote Politik 2

Magazin

Die Kampagne hinter der »Bild«-Kampagne 4
Erfolgreicher Widerstand 5
Von Amtswegen: 60 Stunden-Woche 6
Interview mit SAP-Betriebsrat 7

Titel: Noch mehr Reformen

Warum sich der Kampf gegen Gesundheitsfonds, Rente mit 67 und Unternehmenssteuer lohnt 8

Arbeitsmarkt

Ein-Euro-Jobs verdrängen reguläre Beschäftigung 12

Serie über Menschenrechte

Kinder. 14

Betriebsreport

Wie Auto 5000 zur Erfolgsgeschichte wurde 15

Mitglieder

Alle ziehen mit: Metaller werben Metaller 16

Stahl-Tarifrunde

Ehrgeizige Ziele 18

KMU

Mehr Wachstum durch Innovation 19

Porträt

Zu Besuch bei Werner Kubitzka 23

Ratgeber

Grundsicherung: Wenn die Rente nicht reicht 24
Welche Rechte haben Azubis 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Dierk Hirschel über Konjunktur und Koalition 30

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titelillustration: Silvan Wegmann

Kampagne in eigener Sache



»Bild« nennt sie »Deutschlands wichtigste Chefs«, lässt sie im Tagestakt auf den inneren Seiten des Blattes aufmarschieren und erklären, »wie unser Land Spitze bleibt«. Doch hinter der »Wir-müssen-nur-die-Ärmel-hoch-krempeln-und-anpacken-Rhetorik« steckt oft nichts anderes als Werbung für die Interessen ihrer eigenen Unternehmen.

So präsentierte die »Bild« im August den Deutschen Bank-Chef Josef Ackermann

Die Botschaft ist immer die selbe: Bürokratie, Arbeitsrecht und Sozialstaat sind schlecht. Unternehmensförderung, ein schlanker Staat und ein freier Markt sind gut. Seit ein paar Wochen präsentieren die Vorstandschefs und Aufsichtsräte deutscher Großunternehmen den »Bild«-Lesern täglich ihr einfaches Weltbild. Da fordert der Vorstandschef der Metro-Gruppe, Hans-Joachim Körber, mehr Freiheit für die Wirtschaft. Und während Arend Oetker, Chef der Oetker Holding AG (und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft), einmal mehr den Kündigungsschutz zum Sündenbock macht, erklärt der »wichtige Chef« des Energieriesen Eon, Wulf Bernotat, die Sozialabgaben zum Arbeitsplatzvernichter.

Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann und der Vorstandsvorsitzende des Finanzdienstleisters AWD Holding AG, Carsten Maschmeyer, singen das hohe Lied auf die private Altersvorsorge, was vor allen Dingen den eigenen Interessen dienen dürfte, vermutet Buchautor Albrecht Müller. Schließlich verdienen gerade ihre Unternehmen an der Privatisierung der Rente.

So viel Unternehmereintracht auf einem Fleck findet auch Rudolf Speth von der Freien Universität Berlin auffällig. Speth hat sich in mehreren Studien mit Initiativen, wie der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, beschäftigt. »Das hat schon Kampagnencharakter, wenn Vorstandsvorsitzende im Tagesabstand in ein und dieselbe Richtung marschieren.«

Auf Speth wirkt die »Bild«-Serie wie eine Optimismus-Therapie. »Es kommen immer die gleichen Begriffe wie Wachstum oder Innovation vor.« Ein wenig erinnert das an die Kampagne »Du bist Deutschland«, die mit positiver Stimmung das Land auf Veränderung trimmen wollte. Die »wichtigen Bild-Chefs«, Heinrich von Pierer, Kai-Uwe Ricke und Utz Claassen unterstützen auch den Mitinitiator der Kampagne »Partner für Innovation«. So ganz scheint die Botschaft von »Du bist Deutschland« bei ihnen nicht angekommen zu sein. Dort heißt es: »Behandle dein Land wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn ...«

»Bild«-Leser-Fotos: Spiel mit dem Feuer

Eine weitere »Bild«-Aktion sorgt für Zoff: Leser können ihre Schnappschüsse veröffentlichen. Gefragt sind Unfall-Opfer oder Prominente. Die 500 Euro, die »Bild« den Lesern zahlt, sind verglichen mit den Profi-Honoraren, Schnäppchen-Preise. Solche Veröffentlichungen sind heikel, warnt Pressesanwalt Matthias Prinz. Nicht nur »Bild«, sondern auch die Hobby-Fotografen können sich strafbar machen. Der Grund: Die Verletzung von Persönlichkeitsrechten. Denn Fotos aus dem Privatleben dürfen nur veröffentlicht werden, wenn es der Abgelichtete erlaubt. ◀



PFLAUME DES MONATS

Peer Steinbrück

Ausgerechnet im Gespräch mit dem Freizeit-Blatt »Hörzu« kam Staatsfinanzwächter **Peer Steinbrück** auf die glorreiche Idee, seinen Mitmenschen den Urlaub mies zu machen. Statt ihr **Geld in den bayrischen Alpen oder an der Costa Brava zu verpassen**, sollten sie es lieber in den Private-Altersvorsorge-Strumpf stecken. Mit Prügel hatte der Mann ja gerechnet. Aber dann kam es von allen

Seiten ziemlich knüppeldick und Steinbrück entschuldigte sich kleinlaut. Niemand suchte nach dem Grund für das merkwürdige Verhalten des Finanzministers. Dabei hätten seine Kritiker doch nur einmal unter »Stress-Symptome« nachschlagen müssen. Dazu zählen nämlich neben Konzentrationschwäche und Gereiztheit auch Tagträumerei. Klare Sache: Der Mann ist einfach urlaubsreif. ◀



Foto: FM

Dacromet-Schrauben stehen im Verdacht, Krebs auszulösen: Dank IG Metall werden sie künftig nicht mehr verwendet

Gute Zeiten...

Wo erfolgreich gekämpft wurde

Auch in der Urlaubszeit wehrten sich Metallerinnen und Metaller. Hier einige Beispiele dafür, wo sich der Widerstand gelohnt hat.

► **Die Friedrichshafener IG Metall bremste den führenden Wohnmobilerhersteller »Hymer« aus.** Hymer (rund 1200 Beschäftigte) hatte die Beschäftigten gedrängt, jährlich 135 Stunden zusätzlich und umsonst zu arbeiten. Außerdem mussten sie sich bereit erklären, die Volumen ihrer Arbeitszeitkonten entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrags auf 200 Stunden zu verdoppeln. Dabei fährt Hymer riesige Gewinne ein. Auf Antrag der IG Metall hat das Ulmer Arbeitsgericht jetzt die Wohnwagen-Firma verpflichtet, die tarifwidrigen Arbeitszeitregelungen zurückzunehmen.

► **Bei Daimler-Chrysler gibt es endlich eine neue Betriebsvereinbarung über gleitende und flexible Arbeitszeit, für die so lange gekämpft wurde.** Seit 1. Juli ist die Vereinbarung in Kraft. Bis zum 1. Oktober sollen die Zeitguthaben auf maximal 75 Stunden abgebaut sein.

► **Gleiches Recht für alle: Das Gleichbehandlungsgesetz tritt in Kraft.** Wer sich wegen Alter, Geschlecht oder Hautfarbe diskriminiert fühlt, hat jetzt gute Chancen zu klagen. Den Arbeitgebern geht das Gesetz zu weit. Pech. Die IG Metall begrüßt das Gesetz. Jetzt gilt auch für deutsche Beschäftigte, was europaweit schon längst rechtskräftig ist.

► **Dacromet-Schrauben mussten zum 1. Juli ausgetauscht werden.** Schrauben, die beim Automobilhersteller Daimler-Chrysler in Untertürkheim benutzt wurden, stehen im Verdacht, Krebs auszulösen. Sie sind mit der Substanz »Dacromet« beschichtet. Die Geschäftsleitung spielte die Sache herunter (metall berichtete im Juli 2005). Neue Schrauben sollten erst von der Entwicklungsabteilung freigegeben werden. Der Betriebsrat blieb hartnäckig. Nun wurden die Schrauben doch ausgetauscht.

► **Beschäftigungspakt mit Thyssen-Krupp Steel geschlossen.** »Wir haben einen Leuchtturm gesetzt«, sagt Willi Segerath, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Thyssen-Krupp Steel AG. Gemeint ist der Beschäftigungspakt, den die IG Metall Nordrhein-Westfalen und der Betriebsrat mit dem Stahlkonzern geschlossen haben. Danach verkürzt sich die Arbeitszeit der 18 000 Beschäftigten ab 1. Oktober um eine Stunde auf 34 Wochenstunden. Das macht nicht nur betriebsbedingte Kündigungen überflüssig. Es werden sogar 500 Arbeitsplätze geschaffen, 1000 Ausgebildete in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen und 500 Altersteilzeitverträge zusätzlich abgeschlossen. Der Pakt gilt bis 30. September 2013. Sieben Jahre Beschäftigungssicherheit – das gab's noch nie. IG Metall-Betriebsleiter Detlef Wetzels: »Das ist ein gewichtiges Signal gegen den neoliberalen Mainstream.« ◀

Außenansicht

Witwenrente

Recht auf Existenz

Es gibt kaum ein Thema, das so emotionsgeladen diskutiert wird wie Familienpolitik. Kein Wunder, dass der Vorstoß des CDU-Rentenexperten Peter Weiß, die Witwenrenten zu beschneiden, heftige Diskussionen ausgelöst hat. Warum eigentlich? Frauenverbände fordern seit langem die Abschaffung des Ehegatten-splittings, weil es die Einverdiener-Ehe fördert. Auch die Rente für die Ehefrau ist ein Relikt der Familienideologie, nach der Frauen Hausfrauen oder Zuverdienerinnen sein sollen. Durch die Begünstigung dieser Lebensform werden alle anderen Lebensformen diskriminiert. Warum sollte man das nicht abschaffen?

In Schweden gibt es seit 1999 keine Witwenrente mehr. Schweden geht vom Recht auf eigenständige Existenzsicherung der Frauen aus und betrachtet sie nicht als Anhängsel eines Ehemanns. Schweden hat eine Frauenbeschäftigungsquote von über 70 Prozent; Deutschland von 58 Prozent. Schweden investiert in Kinderbetreuung; es hat eine Mindestsicherung für alte Menschen. In Deutschland ist die Armut unter alten Frauen hoch.

Wenn wir dafür sorgen, dass jeder Mensch als eigenständiges Wesen betrachtet wird, das ein Recht auf Existenz aus eigener, sinnvoller Erwerbsarbeit hat, aus der er/sie entsprechende Rentenansprüche ableiten kann, dann brauchen wir zukünftig keine Witwenrente. ◀



Gisela Notz, Vorsitzende des »pro familia«-Bundesverbands

Köpfe

Rolf Becker, Schauspieler und aktiver Gewerkschafter, gas-tierte dieses Jahr häufig bei politischen Aktionen. So be-suchte Becker mehrfach die



Foto: privat

Streikenden von CNH in Berlin und un-terstützte sie im Kampf um ihre Arbeits-plätze. Becker, ehrenamt-licher Funktio-när bei Verdi, kämpfte auch beim Streik im

öffentlichen Dienst an vorder-ster Front. Im September liest er bei einer Veranstaltung der IG Metall in Braunschweig. Seine Lieblingstexte: Brecht, Tucholski, Fried und das Kom-munistische Manifest. ◀

Kong Jun und **Li Xintao**, Textilar-beiter aus China, sitzen zwei und fünf Jahre im Gefängnis. Sie hatten Proteste gegen die Be-leidungsfirma Huamei organi-siert. Die Konkurs-Firma hatte sechs Monate keine Löhne mehr an ihre Beschäftigten gezahlt. Kong Jun und Li Xintao wurden wegen »Störung der gesell-schaftlichen Ordnung« verur-teilt. Die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) fordert, sie sofort frei zu lassen. ◀

Arianna Huffington, Publizistin, organisiert in den USA Gegenöf-fentlichkeit von links. Mit ihrer Internetseite, www.huffington-post.com, macht sie Druck auf



Foto: Abaca Levy

die Bush-Admi-nistration. Pro-minente ver-pflichtet die ehemalige Ko-lumnistin zu Gastbeiträgen. Ein Beispiel, das Schule machen könnte. ◀

Amt besteht auf Nebenjob

40 Stunden sind nicht genug



Foto: Ellen Liehner

Marion Berend soll trotz Vollzeitstelle einen Nebenjob annehmen

An Arbeit mangelt es Marion Be-rend (Name geändert) nicht. Acht Stunden schuftet sie täglich in der Produktion. Doch weil ihr Ein-kommen nicht reicht, um auch ih-ren arbeitslosen Lebensgefähr-ten zu ernähren, soll sie abends oder am Wochenende Zusatzjobs annehmen. Das meint jedenfalls die Arge im sächsischen Plauen.

Anfang Mai schickte das Amt der 33-Jährigen eine Eingliede-rungsvereinbarung. Marion Be-

rend verwies darauf, dass sie seit 13 Jahren Vollzeit arbeite. Doch die Arge blieb hart. Die Mutter eines siebenjährigen Sohnes müsse einmal pro Monat im Amt erscheinen und nachwei-sen, dass sie sich um zusätzliche Einkünfte bemüht habe. Als Ma-rion Berend einwand, dass sie an manchen Tagen auch Über-stunden schiebe und deshalb kaum einen Nebenjob anneh-men könnte, erhielt sie als Ant-

wort: Ihr Chef könne nichts da-gegen haben, wenn sie am Wo-chenende Zeitungen austrage.

Der DGB-Rechtschutz in Zwickau hat inzwischen Wider-spruch eingelegt. Für Büroleiter Harald Gerber schießt die Arge übers Ziel hinaus. Marion Be-rend versteht die Behörde nicht. Für ihr niedriges Einkommen kann sie schließlich nichts. »Ich arbeite den ganzen Tag und muss trotzdem betteln.« ◀

Schlechte Zeiten...

Wo weiter hartnäckiger Widerstand geleistet wird

Die Wirtschaft brummt. Doch nicht alle Menschen profitieren davon. Im Gegenteil: Politik und manche Arbeitgeber sind unverschämt wie noch nie.

► **Die IG Metall fordert ein um-fangreiches Unternehmens-konzept für Fujitsu Siemens.** Verhandelt wird erst, wenn Fu-jitsu Siemens ein nachhaltiges Unternehmenskonzept vorlegt. Das ist das Ergebnis eines ersten Sondierungsgesprächs zwischen der Tariffkommission der IG Metall und Fujitsu Sie-

mens. Das Unternehmen will we-gen Umsatzeinbruch ein Sparpro-gramm fahren. Auf Grundlage des Pforzheimer Abkommens fordert es für die knapp 3000 Tarifbe-schäftigten in Deutschland die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich zu verlän-gern, beziehungsweise tarifliche Leistungen wie Urlaubs- und Weih-

nachtsgeld zu kürzen. Die Beleg-schaft soll diese Beiträge im Ge-genwert von zehn Millionen Euro über drei Jahre hinweg leisten. Un-klar ist jedoch, wie die übrigen 90 Millionen Euro Einsparungen er-bracht werden sollen. Die IG Me-tall fordert deshalb vom Unterneh-men ein zukunftsfähiges Konzept, um die deutschen Standorte zu si-

Interview mit SAP-Betriebsrat Schick

»DER KAMPF HAT SICH GELOHNT«

metall sprach mit Eberhard Schick, 39, einem der drei Initiatoren, die die Betriebsratswahl beim Softwarekonzern SAP durchgesetzt haben. Er wurde mit den Mitstreitern Johannes Reich und Ralf Kronig in das 37 Mitglieder bestehende Gremium gewählt.

metall: Bis zur Betriebsratswahl hattet ihr heftigen Gegenwind.

Schick: Wir haben einige böse E-Mails aus dem Unternehmen bekommen. Glücklicherweise hatte ich an meinem konkreten Arbeitsplatz aber keine Probleme. Ich habe immer offen gesagt, dass ich in der IG Metall bin und betriebliche Mitbestimmung für das einzig Wahre halte. Nach der Anspannung der letzten Monate war ich dann sehr froh, dass unsere Liste »Pro Betriebsrat« 8,9 Prozent der Stimmen bekam.

metall: Wie war die Unterstützung durch die IG Metall?

Schick: Ohne die sachkundige Beratung der Gewerkschaft hätten wir das nicht geschafft. Mit dem Knowhow der Kollegen von der Verwaltungsstelle konnten wir formale Fehler vermeiden. Durch unseren Gang vors Arbeitsgericht haben wir SAP dazu gebracht, den Widerstand gegen den Betriebsrat aufzugeben. Die Zeit war jetzt einfach reif dafür.

metall: Obwohl SAP-Mitgründer Dietmar Hopp zeitweise sogar gedroht hatte, die SAP-Zentrale zu verlegen.

Schick: Das war die ganz heiße Phase. Da wurde so getan, als ob ein Betriebsrat SAP in den Ruin treiben würde. Gegen solche Zuspielungen haben wir einfach versucht, weiter sachlich zu argumentieren. Unser erklärtes Ziel war, die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat abzulösen, die immer den Konflikt mit dem Vorstand gescheut hat.

metall: Was hat sich durch die Wahl bei SAP verändert?

Schick: Die Einstellung zum Betriebsrat ist jetzt deutlich entspannter als vor einem Vierteljahr. Man spürt jetzt bei vielen die Bereitschaft, die Arbeit des Betriebsrats positiv mitzugestalten. Das ist der eigentliche Sieg.

metall: Welche Außenwirkung haben die Vorgänge bei SAP?

Schick: Bei anderen Unternehmen in der IT-Branche wurde von den

Mitarbeitern sehr aufmerksam verfolgt, wie das bei uns gelaufen ist. Wir fänden es gut, wenn andere IT-Firmen auch den Mut aufbringen und nachziehen.

metall: Was wollt ihr im Betriebsrat als erstes angehen?

Schick: Grundsätzlich geht es darum, die Belange der 11 000 Mitarbeiter von SAP gut zu vertreten und die Kollegen über interne Zusammenhänge zu informieren. Mein Kollege Ralf Kronig vertritt unsere Liste im geschäftsführenden Ausschuss des Betriebsrats. Ich selbst werde mich im Ausschuss »Personelle Einzelmaßnahmen« bei Einstellungen, Versetzungen, Eingruppierungen und Kündigungen für die SAP-Beschäftigten einsetzen.

metall: Wird einer von euch dreien freigestellt?

Schick: Bei insgesamt 37 Mandaten müssen mindestens 13 Betriebsräte freigestellt werden. Wir werden die Freistellungen wohl auf alle verteilen, so dass sich



Eberhard Schick, 39, einer von drei Metallern, die die Betriebsratswahl bei SAP durchsetzten

jeder im Normalfall mit rund 30 Prozent seiner Stelle der Betriebsratsarbeit widmen kann.

metall: Und wie ist dein Resümee nach den Stürmen der vergangenen Monate?

Schick: Der Kampf hat sich auf alle Fälle gelohnt und er ist noch nicht zu Ende, weil Mitbestimmung keine einmalige Angelegenheit ist. ◀

chern. »Bei einem Lohnkostenanteil von zwei bis drei Prozent sind die Personalkosten ohnehin ein denkbar schlechter Ansatz zum Sparen«, sagte Verhandlungsführerin Sibylle Wankel von der Bezirksleitung in Bayern. »Wir erwarten in erster Linie innovative Vorschläge zur nachhaltigen Verbesserung von Prozessen und Strukturen.« Erst wenn diese Vorschläge auf dem Tisch liegen, werde die Tarifkommission der IG Metall entscheiden, ob sie über tarifliche Abweichungen für Fujitsu Siemens verhandeln werde.

► Der Lippstädter Automobilzulieferer Hella – die letzte Firma, die noch Scheinwerfer in Deutschland produziert (3,1 Milliarden Euro Umsatz) – ist auf Crashkurs. Das Familienunternehmen will in den nächsten fünf Jahren fast 1900 seiner gut 11 100 Arbeitsplätze hierzulande vernichten. Auch durch betriebsbedingte Kündigungen. Davon betroffen sind drei Standorte: Lippstadt, Paderborn und Wembach im Schwarzwald. Dort soll außerdem die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt werden. Für alle

sechs Standorte – auch für Bremen, Hamm und Recklinghausen – ist die Kürzung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds im Gespräch. Außerdem will das Unternehmen fünf Urlaubstage streichen. Wer also seinen Job nicht verliert, soll für die Sanierung des Unternehmens kräftig zahlen. Die IG Metall hat erstmals eine bundesweite Tarifkommission für Hella gewählt. Sie organisiert den Widerstand. Und erarbeitet mit Hilfe des Saarbrücker Info-Instituts Alternativen zu den Kahlschlagplänen der Geschäftsführung.

► Die WTO-Verhandlungen sind erneut nicht vorangekommen – was nach Ansicht der IG Metall nicht schlecht sein muss. Denn die Absicht der Industrienationen, den Weltmarkt weiter zu liberalisieren, ist damit in weitere Ferne gerückt. Die IG Metall fürchtet um Arbeitsplätze in den weniger entwickelten Ländern, wenn die reichen Nationen ihre Waren ohne Zollschränken dort noch preiswerter absetzen könnten. In einem Brief an die Bundesregierung plädiert Jürgen Peters für faire Zoll- und Einfuhrbedingungen. ◀



Es trifft

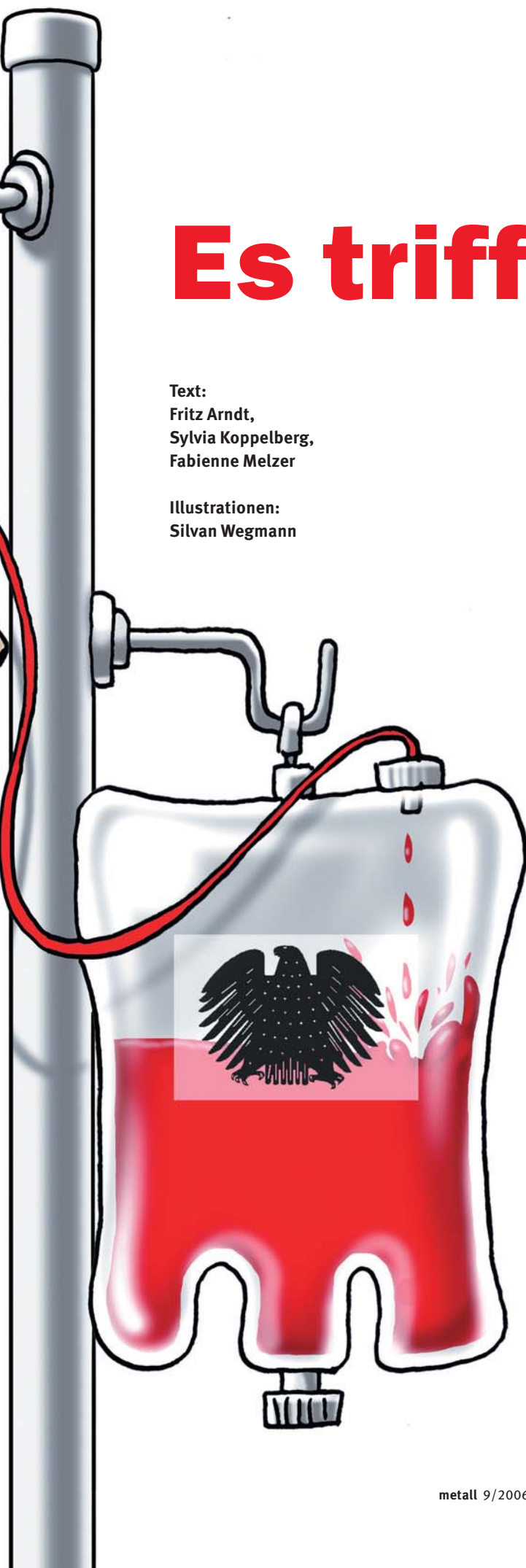
Text:
Fritz Arndt,
Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer

Illustrationen:
Silvan Wegmann

Belastungen für Patienten steigen

Die Hauptlast im Gesundheitswesen tragen schon längst die Versicherten. Während die Kosten vor gut zehn Jahren noch annähernd je zur Hälfte auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt waren, hat sich das Verhältnis inzwischen deutlich verschoben. Das geht aus einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts hervor.

So finanzierten Arbeitgeber 1995 noch rund 40 Prozent der Gesundheitsausgaben. Der Anteil der privaten Haushalte lag bei 42 Prozent. Im Jahr 2004 zahlten die privaten Haushalte bereits 47 Prozent der Gesundheitskosten. Der Anteil der Arbeitgeber sank dagegen auf 36 Prozent.



Von Reformen erschlagen
Rente, Gesundheit, Unternehmensteuer – die Bundesregierung reißt eine Reformbaustelle nach der anderen auf. Auf Arbeitnehmer, Patienten und Versicherte kommen vor allen Dingen mehr Belastungen zu.



die Falschen

Nach der Sommerpause erwartet die Schwarz-Rote Koalition zweierlei: erstens Arbeit, zweitens Ärger. Noch in diesem Jahr will die Regierung mehrere dicke Reformpakete fertig schnüren.

Die Reformpakete enthalten Gesetze, die in der Bevölkerung kaum jemand will: Wie die Rente mit 67. Jeder weiß, dass kaum ein Betrieb einen Mitarbeiter über 60 beschäftigt. Oder die Gesundheitsreform mit ihren Zusatzbeiträgen, die Versicherungen wieder mal teurer macht – für die Versicherten, nicht für die Arbeitgeber. Oder die Steuerreform, die den Unternehmen neue Milliarden Geschenke beschert, während die Bürgerinnen und Bürger durch höhere Mehrwertsteuern zur Ader gelassen werden. Es sind die altbekannten Therapieversuche für die Wirtschaft und die Sozialsysteme. Bisher haben sie noch keinen der »Patienten« fitter gemacht.

Aber noch ist es nicht zu spät, die Diagnosen und Rezepte zu überdenken und neue, bessere Reformen zu beschließen. Das wollen die Gewerkschaften klar machen: am 21. Oktober, bei den Aktionstagen in Berlin, Dortmund, Wiesbaden, Stuttgart und München.

KNACKPUNKT »KLEINE KOPFPAUSCHALE«

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einem großen Durchbruch, als sie nach durchverhandelter Nacht die Eckpunkte der Gesundheitsreform präsentierte. Jubel erntete sie dafür nicht. Gewerkschaften und Patientenvertreter nannten das Paket unsozial. Und der Widerstand wächst.

Der Juso-Vorsitzende machte sich keine Illusionen. »Die Gesundheitsreform kommt«, sagt Björn Böhning. Nur das »Wie« steht für ihn noch keineswegs so fest, wie es manche Politiker in der Öffentlichkeit verkündet hatten. »Ich bin sehr zuversichtlich, dass es noch Änderungen geben wird. Der Widerstand in der Partei ist spürbar«, sagt Böhning.

Der regt sich auch in den Gewerkschaften. Die IG Metall spricht von einem »Rückschritt auf Kosten der Versicherten«. Die Last der Finanzierung verschiebe sich weiter auf die Arbeitnehmer. Denn der Gesundheitsfonds, Kernstück der Reform, hat es aus Sicht der Gewerkschaft in sich. Aus dem Fonds sollen zukünftig alle Kassen einen Betrag pro Versicherten erhalten. Doch die Kassen haben völlig unterschiedliche Versicherte: reiche und arme, gesunde und kranke Versicherte verteilen sich ganz unterschiedlich über die einzelnen Kassen. Es ist völlig unklar, wie diese Unterschiede ausgeglichen werden.

Experten befürchten, dass sich die Jagd nach gesunden und gut verdienenden Versicherten zwischen den Kassen verschärfen könnte. Den Verlierern dieses Wettbewerbs bliebe dann nur, Leistungen zu streichen oder zusätzliche Beiträge von ihren Versicherten zu erheben. Zumindest Letzteres hat die Regierung schon eingeplant. Kommt eine Kasse mit ihrem Anteil

aus dem Fonds nicht aus, kann sie einen zusätzlichen Beitrag, die sogenannte »kleine Kopfpauschale«, von ihren Mitgliedern erheben. Für SPD-Mann Böhning ist die »kleine Kopfpauschale« der Knackpunkt der Reform. Sie wäre der Einstieg ins Prämiensystem, der sich nicht mehr umkehren ließe, fürchtet er. Deshalb müsse die Pauschale auf jeden Fall verhindert werden.

Zwar will die Regierung den Griff in die Portmonaies der Versicherten beschränken. Nur fünf Prozent der Kassenausgaben sollen mit der »kleinen Kopfpauschale« bestritten werden. Und sie soll ein Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Doch diese Grenzen sind ja nicht für alle Zeiten in Stein gemeißelt, gibt Rolf Rosenbrock vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zu bedenken. Auch ließe der Fonds eigentlich alles offen. »Der Gesetzgeber kann die Steuermittel erhöhen oder einseitig Arbeitgeber oder Arbeitnehmer belasten.«

»Unsozial und anachronistisch«

Wenn die Eckpunkte auf ihrem Weg zum Gesetzentwurf nicht noch erheblich geändert werden, befürchtet Rosenbrock, »könnte eine gesetzliche Krankenversicherung mit tendenziell wachsender Kopfpauschale und weiterhin ungelösten Finanzproblemen schneller kommen als uns allen lieb sein kann«.

Doch nicht nur das, was in den Eckpunkten drin steht, stößt auf Kritik, sondern auch das, was nicht drin steht. So können sich besser verdienende und gesunde Menschen weiter aus der Solidargemeinschaft verabschieden und privat versichern. »Die private Krankenversiche-

rung ist unsozial«, kritisiert Rosenbrock. Die private Krankenversicherung abzuschaffen, würde zwar nicht alle Finanzprobleme lösen, aber sie spürbar entschärfen, sagt der Experte. Denn das Gesundheitssystem kranke vor allen Dingen an fehlenden Einnahmen. Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und die Zunahme von Minijobs hätten die

»Eine gesetzliche Krankenversicherung mit tendenziell wachsender Kopfpauschale und weiterhin ungelösten Finanzproblemen könnte schneller kommen als uns allen lieb sein kann.«

Finanzbasis ausgehöhlt. Den Einnamenschwund stoppen könne am besten eine Bürgerversicherung. Die fordert auch die IG Metall. Ihr Konzept sieht unter anderem vor, alle Erwerbstätigen – also auch Beamte, Selbstständige und Freiberufler – in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen, Beiträge auf große Kapitaleinkünfte zu erheben und die Einkommensgrenze, bis zu der Krankenversicherungsbeiträge erhoben werden, anzuheben.

»Wir dürfen mit der nächsten Gesundheitsreform rechnen«

Im Gegensatz zum Prämiensystem lässt sich der Effekt der Bürgerversicherung auch wissenschaftlich belegen. Würde das System sofort umgestellt, könnte der Beitragssatz um bis zu zwei Prozentpunkte sinken. Selbst eine schrittweise Einführung bis 2050 würde den Beitragsanstieg deutlich abbremsen. Das haben Finanzwissenschaftler der Universität Augsburg ausgerechnet. Ganz einfach sei der Weg zur Bürgerversicherung nicht, sagt Bernhard Langer vom Lehrstuhl für Finanzwissenschaften und soziale Sicherung der Universität Augsburg. »Aber sie hätte einen deutlichen Entlastungseffekt.« Bei einem Prämiensystem sei dagegen nicht klar, wie es die Krankenversicherung effizienter machen könne.

Welche Vorteile der Gesundheitsfonds bringen soll, kann Langer nicht erkennen. Seine Nachteile allerdings schon: »Er schafft mehr Bürokratie und macht das System teurer.« Auch Rosenbrock ist sicher, dass die Herausforderungen im Gesundheitssystem damit nicht bewältigt würden. Angesichts der Regierungspläne fällt ihm eine Prognose nicht schwer: »Wir dürfen mit der nächsten Reform rechnen.« ◀

RENTE MIT 67 »RICHTIG HINTERHÄLTIG«



Während Arbeitslose bei den Arbeitsagenturen schon mit Mitte 40 als schwer vermittelbar gelten und kaum noch Betriebe Menschen über 60 Jahre beschäftigen, soll die gesetzliche Rente in Zukunft erst mit 67 beginnen. Viele argwöhnen, dass es dabei in Wirklichkeit nur um höhere Abschläge bei der Rente geht.

Als das Bundeskabinett Anfang Juli den »5. Altenbericht« verabschiedete, muss Arbeitsminister Müntefering (SPD) von heftigen Schweißausbrüchen geplagt worden sein. Denn eine zentrale Aussage des Berichts, von namhaften »Sachverständigen« für das Familien- und Sozialministerium erstellt, hält die geplante Rente mit 67 schlicht für verfehlt. Erstens sei die Arbeitsmarktlage »bis mindestens 2015 angespannt«, analysiert der Bericht,

da erhöhe eine längere Lebensarbeitszeit nur die Langzeitarbeitslosigkeit Älterer; zweitens würden auch noch Beschäftigte »auf Arbeitsplätzen mit begrenzter Tätigkeitsdauer« verdrängt.

Doch den Merckels und Münteferings scheinen die Arbeitgeberinteressen wichtiger zu sein als Expertenmeinungen. »Als erstes muss wieder wirklich bis 65 gearbeitet werden. Danach müssen wir die Lebensarbeitszeit bis 67 ausdehnen«, sagt Jürgen Thumann, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Geplant ist jetzt, die Rente mit 67 schrittweise zwischen 2012 und 2029 einzuführen. Betroffen wären alle Jahrgänge ab 1947 und jünger. Im Herbst soll ein Gesetzentwurf dazu vorliegen.

Mit ihrem Reformplan entfernt sich die Politik immer weiter von den Bedürf-

Noch eine Reform: Kombilohn als Einstiegshilfe

Um das Volk davon zu überzeugen, dass die Rente mit 67 sinnvoll ist, muss erst mal Arbeit für Ältere her. Darum wirbt Minister Muntefering für den Kombilohn für Ältere. Doch alle Kombilohnmodelle erwiesen sich bisher als Flop.



nissen der Menschen. Kein Wunder, dass die Beschäftigten wütend sind. Joachim Schwade, VK-Vorsitzender beim Autozulieferer GKN in Offenbach am Main: »Rente erst ab 67? Unsere Leute sind aufgrund der Arbeitsverdichtungen schon mit 60 Jahren kaputt. Und leichtere Arbeiten für Ältere gibt es nicht mehr.« Was also soll da eine längere Lebensarbeitszeit? Schwade hat das längst durchschaut: »Eine Rente ab 67 würde vor allem weniger Geld bedeuten. Richtig hinterhältig ist das.«

Schon heute fallen die Renten immer weiter hinter die Erwerbseinkommen zurück. Der noch von Rot-Grün erfundene »Nachhaltigkeitsfaktor« hat Rentnerinnen und Rentner drei Nullrunden hintereinander beschert. Nach Auffassung aller Fachleute wird das in den nächsten Jahren so weitergehen. Bis zum Jahre 2030, schätzt etwa Ingo Nürnberger, Referent für Alterssicherung beim DGB, wird das Netto-Rentenniveau nur noch 50 Prozent betragen. Derzeit sind es noch 70 Prozent.

Wer hält eigentlich noch bis zur regulären Altersgrenze mit 65 durch? Der durchschnittliche Rentenbeginn liegt heute bei 63 Jahren. Nur noch 40 Prozent der über 55-Jährigen sind erwerbstätig. Nein, die Arbeitsbedingungen in Deutschland sind nicht altersgerecht, das belegt auch der »Zweite Europäische Vergleich der Arbeitsbedingungen«.

»Die soziale Ungleichheit im Alter wird sich erhöhen«

Der Vergleich untersucht, welche körperlichen Anforderungen an Ältere gestellt werden und wie angepasst die Arbeitsbedingungen sind. Ergebnis: Unter 15 Ländern liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz. Nur für ältere Beschäftigte in Griechenland ist die Arbeit noch härter.

Sicher ist: Auch wenn der gesetzliche Renteneintritt verschoben werden sollte, werden viele möglichst früh in Rente gehen. Denn jede Stunde, die sie länger arbeiten müssen, geht auf die Gesundheit. »Die geplante Heraufsetzung des Rentenalters wird die soziale Ungleichheit im Alter erhöhen«, warnt daher das Gelsenkirchener »Institut Arbeit und Technik« (IAT). Da Arbeitsplätze

für Ältere fehlten, müssten die Betroffenen den »Ausweg vorzeitige Altersrente« mit bis zu 18 Prozent Abschlägen bezahlen. Andere würden zu »schwervermittelbaren Langzeitarbeitslosen« gemacht oder müssten »unterwertige Beschäftigung mit aufstockendem Arbeitslosengeld kombinieren«. Wer nicht einmal solche Jobs fände, »wird durch Ein-Euro-Jobs zumindest vorübergehend aus der Statistik genommen«.

Noch kann dieses Drama verhindert werden. Die IG Metall hat Alternativen formuliert. Sie will:

- flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 Jahre. Verlängerung der Altersteilzeit. Leichter, abschlagsfreier Ausstieg nach 40 Versicherungsjahren und verbesserte Erwerbsminderungsrenten.
- Selbstständige, Freiberufler, Politiker und künftige Beamte müssten schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.
- Alle Erwerbsarbeiten müssen voll rentenversichert werden. ◀



Unternehmenssteuern

FÜR FIRMEN SPENDIERHOSEN STATT ENGGESCHNALLTER GÜRTEL

Ab 2008 sollen Unternehmen in Deutschland fünf bis zehn Milliarden Euro weniger Steuern zahlen. Von diesem Milliarden Geschenk verspricht sich die Schwarz-Rote Koalition mehr Investitionen. Aber für diese Hoffnung gibt es kaum Belege.

Schon 2001 beglückte die damalige Rot-Grüne Koalition die Wirtschaft mit Steuersenkungen. In den Jahren danach investierten Betriebe in Deutschland jedoch nicht mehr, sondern jedes Jahr weniger. Der Anteil des »Bruttoinlandsprodukts«, also des in Deutschland erwirtschafteten Reichtums, der in neue Maschinen und Industrieanlagen floss, schrumpfte von 21,5 Prozent (im Jahr 2000) auf 18,3 (2002) und weiter bis auf 17,1 Prozent (2005). Ein anderes Argument, mit dem Politiker niedrigere Unternehmenssteuern begründen, ist, die hohen Steuersätze in Deutschland schreckten Investoren ab. Verglichen mit anderen Ländern sind die Sätze für Kapitalgesellschaften in Deutschland auf dem Papier auch hoch. Aber nicht im wirklichen Leben. Dank Schlupflöcher und legaler Tricks lassen sich

Gewinne kleinrechnen. Was Firmen fleißig nutzen. So zahlen sie tatsächlich nicht 39, sondern nur 17,4 Prozent. Das ist weniger als der Durchschnittssatz in der EU, der – osteuropäische Länder eingeschlossen – bei 17,7 Prozent liegt, wie die EU-Kommission errechnet hat.

Es gibt verschiedene Methoden, Gewinne vor dem Finanzamt wegzuzaubern. Zum Beispiel eine Holding in einer ausländischen Steueroase gründen, ihr Eigenkapital übertragen, um anschließend von ihr Geld zurückzuleihen. So wird aus Eigenkapital Fremdkapital. Vorteil: Die Zinsen verkleinern den Gewinn und sind überdies in Deutschland steuerlich abzugsfähig. Solche Möglichkeiten, Steuern zu umgehen, will die Regierung zwar eindämmen. Allerdings gibt es dazu bisher nur vage Aussagen: »Vorschläge werden geprüft ...«

Ein gutes Steuersystem muss aus Sicht der IG Metall die Lasten gerecht verteilen und dafür sorgen, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Angesichts der vielen Dinge, die im Argen liegen, etwa in der Bildung, brauche der Staat nicht weniger, sondern mehr Einnahmen. ◀

Ein-Euro-Jobs

Die Billig-Konkurrenz

Ein-Euro-Jobs, zentraler Baustein von Hartz IV und das am häufigsten genutzte Eingliederungsinstrument, verdrängen Hilfs- und Facharbeiter. Und vermeiden zusätzliche Beschäftigung. Parallel entstehen Einfallsstörer für Niedrigstlöhne.

Wenn Pit Krause über den Hof des früheren Krupp-Kaltwalzwerks in Hohenlimburg wieselt, fühlt er sich wie ein kleiner Patriarch. »Drüben, die frühere Betriebskrankenkasse, gehört uns auch, und das ehemalige Casino daneben.« Während Krause den Eingang der ehrwürdigen Halle passiert, tauchen im Halbdunkel Menschen an langen Werkbänken auf. Rund 120 Ein-Euro-Jobber, Männer und Frauen, nehmen ausgesiedelte Fernseher auseinander und sortieren die Rohstoffe. »Schade, dass sie nur 30 Wochenstunden arbeiten dürfen«, sagt Krause missmutig, »je Stunde schaffen die etwa zwei Geräte.« Schüchterne Monteure rund-



Elektroschrott-Recycling durch Ein-Euro-Jobber in Hagen: Einfallsstörer für Niedriglöhne

um ziehen die Köpfe ein. Krause ist der Chef des Hagener »Werkhof«, eine Tochter der Stadt. Er beschäftigt 70 Menschen fest – plus 580 Ein-Euro-Jobber. Der aufstrebende Ver-

ein hat das stillgelegte Walzwerk gekauft. Ein-Euro-Jobber sollen an dem Standort mal einen »Energiepark« betreiben.

Das Recycling alter Elektrogeräte läuft dort heute schon. Den Schrott liefert die Lünen-Firma Remondi. Sie betreibt für die Hersteller das Recycling und holt die Rohstoffe nach der Demontage wieder ab. »Je Röhre zahlt Remondi 1,50 Euro«, verrät Krause, »dafür entsteht in der freien Wirtschaft kein Markt.« Reguläre Jobs, meint er damit, werden nicht verdrängt.

Mit dieser Meinung steht Krause allein. »Die Verwertung von Elektroschrott, wie sie der Werkhof macht, ist eine Aufgabe, die in der Regel ein Privatunternehmen machen sollte«, hat der Hauptgeschäftsführer der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer (SIHK), Hans-Peter Rapp-Frick, kritisiert.

Im Visier

Die Tariflöhne

► Die Bundesregierung versucht permanent, Druck auf Tariflöhne auszuüben. Erst die Ein-Euro-Jobs; jetzt der »Kombilohn« – Mini-Lohnbereiche, die der Staat bezuschusst. Parallel hat Arbeitsminister Müntefering (SPD) weitere Kürzungen bei Erwerbslosen angekündigt. Sie sollen gezwungen werden, jeden Job für jeden Lohn anzunehmen und werden damit regulär Beschäftigte verdrängen. Die IG Metall will diese Spirale nach unten verhindern und fordert: Der Kündigungsschutz muss erhalten bleiben, die Regelsätze müssen »armutsfest« gemacht und die Zumutbarkeitsregelungen vor Lohndumping geschützt werden. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn auf dem Niveau des untersten Tarifentgelts, mindestens aber 7,50 Euro je Stunde, lassen sich Hungerlöhne vermeiden.



Fotos: Frank Rognier

Das Hagener Recycling ist kein Einzelfall, wie ein **metall** vorliegender Untersuchungsbericht des Bundesrechnungshofs belegt. Demnach vermittelten die »Argen«, in denen Arbeitsagenturen und Kommunen zusammenarbeiten, im vergangenen Jahr bundesweit knapp 630 000 Ein-Euro-Jobber. Und »bei fast bei einem Viertel der geprüften Maßnahmen lagen die Förderungsvoraussetzungen nicht vor«, bemängeln die Autoren. Mal waren die Jobs nicht im öffentlichen Interesse, mal nicht »wettbewerbsneutral«. Bei weiteren 50 Prozent der geprüften Fälle hatten die »Argen« nicht einmal Ahnung von den Job-Inhalten, »so dass auch hier Zweifel an der Förderungsfähigkeit bestanden«.

Nach Angaben des Bundesrechnungshofs mussten Ein-Euro-Jobber etwa termingebundene Hilfsarbeiter-Stellen auf dem Bau annehmen oder notwendige Pflege- und Reinigungsarbeiten erledigen. So, warnt die Bundesbehörde, würden »reguläre Arbeitsplätze verdrängt«. Dabei kostet dieses Programm zur Stellenvernichtung viel Geld. Dem Bericht zufolge geben sich die »Argen« recht spendabel und übernehmen sogar Sachkosten für »originäre Aufgaben der Maßnahmeträger«. Im Schnitt kassierten die Träger – neben 180 Euro »Aufwandsentschädigung« monatlich je Erwerbslosem – eine »Kostenpauschale« von über 255 Euro

monatlich. Mancher Geschäftsführer, spottet die Essener Professorin für Sozial- und Arbeitsrecht Helga Spindler, habe diese Aufstockung längst »für den regulären Personalkostenetat entdeckt«.

Wieder andere Unternehmen nutzen Ein-Euro-Jobber, um »regulär Beschäftigte von Mehrarbeit zu entlasten«, wie etwa der Vorsitzende der Mitarbeitervertretungen im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz, Günter Däggelmann, beobachtet hat. Auch so werden neue Stellen überflüssig. Mit »Fördern« oder »Brückenbauen«, offizieller Zweck der Ein-Euro-Jobs, hat das alles nichts mehr zu tun. Was Wunder, dass die Eingliederungsquoten bescheiden bleiben. »Caritas« etwa, bundesweit einer der größten Träger, ermittelte gerade mal eine Quote von 4,6 Prozent.

Interview

»IM PRINZIP SIND DIESE JOBS SCHÄDLICH«

metall sprach mit Angelika Beier, beim DGB Hessen für Arbeitsmarktpolitik zuständig.

metall: Verdrängen Ein-Euro-Jobs reguläre?

Angelika Beier: Ja, ich kenne Beispiele bei der Gebäudereinigung oder bei der Sanierung alter Industrieanlagen im Osten, natürlich auch bei der Altenpflege oder in Schulen. In Frankfurt sollte ein Computer-Fachmann eine EDV-Anlage einer Schule warten. Alles Arbeiten, die normalerweise feste Beschäftigte übernehmen.



Foto: DGB

metall: Nach dem Gesetz ist das doch gar nicht erlaubt ...

Beier: ... nein, aber viele Betroffene wehren sich nicht, weil sie 150 Euro brauchen. Das Arbeitslosengeld II reicht eben zum Leben kaum aus, und die Beiräte kontrollieren kaum.

metall: Sind Ein-Euro-Jobs wirklich, wie geplant, Brücken in den ersten Arbeitsmarkt?

Beier: Höchstens in einzelnen Fällen, wenn bei einem großen Träger zufällig mal eine Stelle frei wird. Die suchen sich dann den Ein-Euro-Jobber aus, der ihnen am besten gefällt. Aber dafür wären keine Ein-Euro-Jobs nötig, die machen für mich keinen Sinn.

metall: Viele Erwerbslose wollen Ein-Euro-Jobs ...

Beier: ... aus der Not heraus und weil ihnen die Decke auf den Kopf fällt. Natürlich würden sie für die Arbeit lieber richtig bezahlt.

metall: Also weg mit den Ein-Euro Jobs?

Beier: Zumindest, solange sie obligatorisch sind. Sie sollen laut Gesetz ja auch nur nachrangig eingesetzt werden. Aber im Prinzip sind diese Jobs schädlich, weil sie reguläre Arbeit ersetzen.

metall: Was wäre die Alternative?

Beier: Sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Maßnahmen, die das Gesetz ja auch vorsieht. Das heißt dort »Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante«.

metall: Für Eingliederungen waren schon 2005 über sechs Milliarden Euro vorgesehen ...

Beier: ... aber nur die Hälfte davon wurde ausgegeben. Offenbar ist es Argen und Kommunen wichtiger, über Ein-Euro-Jobs den Niedriglohnbereich auszubauen und den Druck auf die Löhne zu erhöhen. ◀

Und was geht das die »Festen« an? »Betroffen von den Wirkungen der Ein-Euro-Jobs sind gerade auch die Arbeitsbedingungen, in jenen Branchen, die nichts mit diesen Jobs zu tun haben« warnt die frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Gaby Gottwald. Die ehemalige Geschäftsführerin des Qualifizierungsträgers »Abakus« (Hamburg) weiß, wovon sie spricht: Infolge der Ein-Euro-Konkurrenz musste »Abakus« aufgeben, die Qualifizierung Langzeitarbeitsloser wurde eingestellt.

Während die Bundesregierung dem Treiben tatenlos zuschaut, organisieren Betroffene Gegenwehr. So hat der Marburger »Arbeitskreis Erwerbslose im DGB« die Evangelische Kirche dabei ertappt, wie sie die erwerbslose Erzieherin Birgit Theis (Name geändert) als Billig-Jobberin ausnutzen woll-

te. Theis hatte zuvor monatelang in Marburger Kindergärten der Kirche gearbeitet und in ihrem Zeugnis nur beste Noten. Als sie sich nach Beendigung des befristeten Beschäftigungsverhältnisses für eine feste Stelle bewarb, lehnte die Kirche ab. Dafür gab es ein Angebot des Kreisjobcenters für einen Ein-Euro-Job als Erzieherin im evangelischen Kindergarten. Erst auf Intervention des DGB-Arbeitskreises zog das Jobcenter die Offerte zurück. In Bremen haben Erwerbslose etliche »Einsatzstellen« von Ein-Euro-Jobbern mit grellen Plakaten beklebt. »Ein-Euro-Jobs sind nicht »zusätzlich«, stand darauf, »sondern ersetzen reguläre Beschäftigung.« Und: »Ein-Euro-Jobs sollen uns an Niedriglohn gewöhnen.« ◀

Fritz Arndt



DIE MENSCHENRECHTE



Illustration: PD/Arville

Artikel 25 (2)

»(...) Kind(er) haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung.«

In Deutschland ist jedes zehnte Kind arm. Die Zukunft dieser Kinder sieht düster aus. Denn Bildung hängt in Deutschland von der sozialen Herkunft ab.

In Deutschland lebt jedes zehnte Kind in »relativer Armut«. Damit stieg ihre Zahl seit Anfang der 90er Jahre um knapp drei Prozentpunkte an. Nur in sechs der insgesamt 24 OECD-Staaten nahm die Kinderarmut laut einer Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef noch stärker zu als in Deutschland.

Arm sein heißt in Deutschland für Kinder oft ausgegrenzt sein. Sie bleiben zu Hause, während ihre Mitschüler auf Klassenfahrten fahren. Musikschulen oder Sportvereine besuchen nur wenige von ihnen. Oft wohnen sie in Vierteln, in denen viele Kinder ähnlich leben. Sie bleiben unter sich, werden weder zu Hause noch in ihrem Umfeld gefördert. Und ihre Zahl wächst.

Mehr arme Kinder

Laut Unicef lebten 2005 rund 1,5 Millionen deutsche Kinder in »relativer Armut«. Das heißt ihre Eltern haben weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens im Monat. In diesem Jahr sind es nach Angaben des Kinderschutzbunds bereits knapp zwei Millionen. Dabei zeigt der internationale Vergleich: Die Zahl armer Kinder hängt direkt mit der Höhe staatlicher Sozialleistungen zusammen. In Ländern wie den USA und Italien, die weniger als

fünf Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Sozialleistungen ausgeben, leben mehr als 15 Prozent der Kinder in relativer Armut. Skandinavische Länder wie Dänemark geben deutlich mehr aus. Mit Erfolg: Bei den Nachbarn im Norden gelten nur drei Prozent der Kinder als arm.

Bildungssystem spaltet

Deutschland tut zu wenig bei den Sozialleistungen für Kinder, sagt Helga Kuhn, Sprecherin von Unicef Deutschland. In den politischen Debatten stehen Kinder nicht im Mittelpunkt. Sie kommen oft nur am Rande vor, etwa wenn es um den Fortbestand der Gesellschaft oder die Berufstätigkeit der Eltern geht. Gerade bei

der Kinderbetreuung dürfe es aber nicht um reine Aufbewahrung gehen. »Wir brauchen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, die arme Kinder fördern«, sagt sie. Doch statt die Armutskarrieren zu durchbrechen, verstärkt das Bildungssystem sie. Wer in Armut lebt, hat deutlich geringere Chancen auf einen guten Abschluss, eine Ausbildung und einen erfolgreichen Berufsstart als Kinder aus höheren sozialen Schichten. Das sei eine gefährliche Entwicklung, sagt Helga Kuhn. »Wer arm aufwächst, bleibt oft auch als Erwachsener arm. Das darf die Politik nicht länger zulassen.«

Fabienne Melzer

Ein Tag für Kinderrechte und Träume

Vor 60 Jahren gründeten die Vereinten Nationen Unicef, um Kindern in Not zu helfen. Heute arbeiten für Unicef rund 7000 Mitarbeiter in 160 Ländern der Erde. Seit 1954 richtet Unicef gemeinsam mit anderen Organisationen jährlich einen Weltkindertag aus. An diesem Tag sollen sich Kinder auf der ganzen Welt für ihre Rechte und Träume stark machen. Das Datum hat jedes Land selbst festgelegt. In Deutschland ist es der 20. September. In vielen Städten organisieren Kinder- und Jugendorganisationen an diesem Tag Feste. www.unicef.de

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀



Vor dreieinhalb Jahren startete bei Volkswagen das Projekt Auto 5000 – mit Chancen und Risiken. Die Mannschaft hat seitdem alle Hürden mit Bravour gemeistert. Nach einer erfolgreichen ersten Tarifrunde bei Auto 5000 laufen jetzt die Vorbereitungen zur Produktion eines kleinen Geländewagens. Aus einem befristeten Projekt ist Normalbetrieb geworden.



Produktion des Touran in Wolfsburg: Bei Auto 5000 wird bei hoher Qualität effektiv und innovativ gearbeitet.

erste Touran vom Band und wurde ein Verkaufsschlager. Heute sind sie eine starke Mannschaft, die stolz auf ihr Produkt ist. Die Rendite von Auto 5000 steht im Konzernvergleich glänzend da. In diesem Jahr meisterte die Belegschaft weitere Bewährungsproben. Im März waren die ersten Betriebsratswahlen. »Die Wahlbeteiligung war sehr, sehr hoch«, sagt Betriebsrat Heim. Ebenso die Zustimmung für die Liste der IG Metall: Sie lag bei 87 Prozent.

Konfliktreiche Tarifrunde

Nach den Betriebsratswahlen folgte die tarifpolitische Feuertaupe mit der ersten Tarifrunde. Denn die Laufzeit des Projekts näherte sich dem Ende. Nun ging es um die Konditionen eines Dauerbetriebs. Die Beschäftigten hatten berechnete Einkommensforderungen. Dass sie gute Arbeit leisteten, konnte man an den Unternehmenszahlen ablesen. Umso empörter reagierten sie, als die Geschäftsführung per Tarifvertrag den Urlaubsanspruch bei Krankheit kürzen und eine Nullrunde fahren wollte. Das machte viele Mitarbeiter sauer. »Da wurde vielen richtig bewusst, dass das ein kapitalistisch geführtes Unternehmen ist und kein Arbeiterparadies«, sagt Andreas Heim. Die Beschäftigten gingen mit Schmackes die Vorbereitungen an: In der Freizeit wurden T-Shirts, Plakate und Buttons gestaltet. Dann liefen drei Warnstreiks mit hervorragender Beteiligung. »Das war der Praxistest für die Kampffähigkeit der IG Metall-Mitglieder bei Auto 5000«, sagt Verhandlungsführer Hartmut Meine, der Bezirksleiter von Niedersachsen. Soviel Einsatz beeindruckte die Arbeitgeberseite, die stückchenweise ihre Forderungen reduzierte. So waren bald die Idee einer Nullrunde und die Urlaubskürzung vom Tisch. Nach fünf schwierigen Verhandlungsrunden hatte die Belegschaft (Organisationsgrad 93 Prozent) eine dreiprozentige Entgelterhöhung und einen Rentenbaustein erkämpft. Weitere Samstagsspätschichten konnten verhindert werden.

Jetzt laufen die Vorarbeiten, dass ab 2007 auch ein kleiner Geländewagen hier gefertigt werden kann. Hartmut Meine: »Aus einem befristeten Projekt ist Normalbetrieb geworden.«

Martina Helmerich

Auto 5000 GmbH

Mit Schmackes an die Sache ran

Volkswagenwerk Wolfsburg, Halle 8. Mitarbeiter in gelben T-Shirts und grauen Arbeitshosen montieren den Minivan Touran. Die Arbeitsabläufe bei Auto 5000 sind kurz. Ein bis zwei Minuten – da muss jeder Handgriff sitzen. Auto 5000 ist nicht nur die jüngste Fabrik im Volkswagenverbund. Nirgendwo sonst wird so intensiv daran gearbeitet, Produktionsabläufe zu optimieren. Dazu gibt es die sogenannten Lernfabriken: In verglasten Räumen werden die Beschäftigten am PC geschult. Ziel: Kompetenzen entwickeln, um Probleme zu lösen. Innovation, Teamarbeit und ständige Qualifizierung werden hier ganz groß geschrieben. »Es geht um die stetige Verbesserung des Arbeits-

prozesses«, erklärt der Vorsitzende des Auto 5000-Ausschusses im VW-Betriebsrat, Andreas Heim. Die Mannschaft von Auto 5000 wurde vor über drei Jahren per Internetausschreibung ausgewählt. Rund 45 000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet bewarben sich um einen der begehrten Jobs. Nach einem sehr differenzierten Auswahlverfahren erhielten zumeist Facharbeiter aus dem Metallfach den Zuschlag.

Sie kamen aus ganz Deutschland nach Wolfsburg. Jeder wurde zu Beginn in einer mehrmonatigen Schulungsphase auf die Anforderungen der Autoproduktion vorbereitet. 2003 standen die Kolleginnen und Kollegen erstmals zusammen am Band. Dann lief der

»Ziehen Sie mit!«

Einen sicheren Job, mehr Geld in der Tasche und gute Arbeitsbedingungen – was will man mehr im Arbeitsleben? Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass es für ihre Mitglieder so bleibt – oder so wird. Für ihr Engagement braucht sie Stärke. Und das sind viele Menschen, die sich gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit einsetzen. Deshalb ist das Motto der aktuellen Werbekampagne: »Ziehen Sie mit!« Mitglieder werben ist eine Aufgabe für alle, die in der IG Metall zu Hause sind – für diejenigen, die schon Mitglied sind, genauso wie für Betriebsräte und Vertrauensleute. Warum nicht heute noch mit der Kollegin oder dem Kollegen reden, der sich bisher noch nicht für die Gewerkschaft entscheiden konnte? Gute Argumente gibt's genug. Die Redaktion stellt zwei engagierte Metaller vor, denen die Werbung neuer Mitglieder eine Herzensangelegenheit ist.

Gabriele Prein



Ulli Hasert, Betriebsrat bei Krupp Thyssen Presta Steer Tec, Esslingen

Ulli Hasert hat eine Schwäche für große Projekte. Privat heißt das: umbauen. Aus dem vor zehn Jahren gekauften Haus soll ein Traumhaus werden – ein Vorhaben, für das man Zeit mitbringen muss. Dabei ist Zeit Mangelware für den 42-jährigen Betriebsratsvorsitzenden, der sich auch als Metaller Großes vorgenommen hat: Angestellte für seine Gewerkschaft werben. Seine Bilanz kann sich sehen lassen: In den letzten Monaten kletterte der Organisationsgrad in seinem Betrieb von müden zwölf auf stolze 75 Prozent. Gut 90 Beschäftigte arbeiten bei dem Esslinger Ableger des Weltkonzerns, fast alle sind Ingenieure und hoch qualifizierte Techniker, die an innovativen Lenkungs-systemen für Automobile tüfteln – nicht gerade die klassischen Gewerkschaftsmitglieder. Einem »Verein« treten sie nur bei, wenn sie genau wissen, was es ihnen bringt. Eben



Foto: GRAFFITI / Roetters

Für den monatlichen Beitrag hat die IG Metall ihren Mitgliedern eine Menge zu bieten:

Schutz und Sicherheit: Nur IG Metall-Mitglieder haben einen verbindlichen Rechtsanspruch auf tarifvertragliche Leistungen. Auch bei betrieblichen Konflikten steht die IG Metall an der Seite ihrer Mitglieder. Sie bietet finanzielle Unterstützung bei Streik oder Aussperrung und gewerkschaftlichen Rechtsschutz bei Problemen im Arbeits- und Sozialrecht.

Nähe und Kompetenz: Vertrauensleute, Betriebsräte und die Vertreter der Jugendlichen und Auszubildenden sowie der Schwerbehinderten sorgen dafür, dass die IG Metall immer ganz dicht dran ist,

wenn es um die tägliche Arbeit geht. Wenn es Konflikte geben sollte, sind sie mit ihrem Knowhow zur Stelle.

Vorsorge und Hilfe: Für IG Metall-Mitglieder wurde die Metall-Rente eingerichtet, ein Gemeinschaftswerk von IG Metall und Gesamtmetall – eine ergänzende Altersvorsorge. Im IG Metall-Beitrag auch enthalten: eine Freizeit- und Unfallversicherung.

Service und Information: Mit ihren Büros in mehr als 170 Orten ist die IG Metall überall in Deutschland präsent. Beratung und Service stehen ganz oben auf ihrem Programm.

Infos

► **Vor Ort:** Auskunft über die IG Metall und was sie leistet, geben die Vertrauensleute und Betriebsräte. Oder die Verwaltungsstellen der IG Metall.

► **Im Internet:** www.igmetall.de
Unter www.ziehen-sie-mit.de finden Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht Mitglied sind, nützliche Informationen über die IG Metall. Hier gibt's auch einen spannenden **Arbeitsplatzcheck**: Wie gut sind meine Arbeitsbedingungen wirklich? Die kleine Analyse wird gleich mitgeliefert – und natürlich der Kontakt zur IG Metall.

da setzen Hasert und sein Betriebsratsteam an. Und machen klar, was die IG Metall leisten kann – wenn etwa die Firma die Stundenzahl auf 40 setzen, aber nur 35 bezahlen will. Als es bei Presta SteerTec genau darum ging, fand Ulli Hasert plötzlich offene Ohren bei seinen Kollegen. »Ich versuche, klar zu machen, dass der Arbeitgeber ohne die Belegschaft und ihre Kompetenz nichts tun kann«, sagt Hasert. Seine Botschaft kommt an. Und die Pläne des Konzerns sind, wenn nicht vom Tisch, so doch noch nicht realisiert – noch gilt die 35-Stunden-Woche. Die Geschäftsleitung sieht sich einer Belegschaft gegenüber, die jetzt weiß, was sie will und wie sie ihre Rechte verteidigen kann. Für Ulli Hasert, den Mann für die großen Projekte, geht's gleich weiter: Jetzt gilt es, die neuen Mitglieder zu halten. Aber da ist er Optimist: Die meisten haben verstanden, was es bringt, IG Metall-Mitglied zu sein – auch wenn es einem nicht an der Wiege gesungen wurde. ◀



Foto: Becker & Breidel

Andreas Gehres, Betriebsrat bei Robert Bosch, Homburg, Saar

24 Jahre und schon Multi-Funktionär: Andreas Gehres ist Betriebsrat, Mitglied im Ortsvorstand der IG Metall, im Orts-, Bezirks- und Bundesjugendausschuss, außerdem Referent in der Bildungsarbeit. Einen Beruf hat er natürlich auch: Mechatroniker. Und nebenbei: Lebt er auch mal? »Man ist halt schon viel unterwegs, da findet Privatleben kaum statt«, gibt Andreas zu, »aber die Sache macht mir einfach Riesenspaß.« Noch ist er Single.

Ganz besonderen Spaß macht es ihm, junge Leute für die IG Metall zu gewinnen. Das ist eine Sache, für die man Fingerspitzen-

zengefühl braucht und schnell sein muss. Die ersten Tage im neuen Leben als Auszubildender – das ist die Zeit, in der Andreas für die Gewerkschaft punkten kann. Wenn man rechtzeitig mit den jungen Leuten ins Gespräch kommt, ist das Beitrittsformular schnell unterschrieben. Ist wertvolle Zeit verstrichen und der Azubi schon ein paar Wochen in einer Abteilung, in der kein Mensch IG Metall-Mitglied ist, wird die Sache schwieriger. Aber Andreas hat beobachtet, dass im letzten Jahr die Stimmung für die IG Metall besser wurde: ein guter Tarifabschluss, ein Medien-echo, das nicht nur Vor-

urteile transportiert – das Werben ist leichter geworden. Andreas Gehres merkt das auch bei den jungen Leuten, die von der Berufsakademie kommen. Sie sind älter als der durchschnittliche Azubi und haben in der Regel das Abitur hinter sich. Aber auch für sie sind Gewerkschaften wieder ein Thema. Das Interesse an Tarifverträgen, Arbeitsschutz und politischen Fragen ist größer geworden. In kleinen Gesprächsrunden, zu denen Andreas einlädt, wird eifrig diskutiert. Andreas kann die jungen Leute allesamt von der IG Metall überzeugen – ebenso wie alle Azubis vom letzten Herbst: Sie wurden Mitglied. Aber Ausrufen gibt's nicht: Schon stehen die Azubis des Jahrgangs 2006 auf der Matte. ◀

»DAS DACH DECKEN, WENN DIE SONNE SCHEINT«

Ehrgeizige Ziele setzt sich die IG Metall in der Stahl-Tarifrunde, die gerade angefangen hat. Sieben Prozent mehr Geld. Außerdem bessere Perspektiven für junge Leute – und genauso für die Älteren im Betrieb.

Er läuft durch die düstere Halle, Schweißperlen auf der Stirn. Er spricht, aber was er sagt, ist kaum zu verstehen. Es ist laut und tropisch heiß. Die Luft riecht nach Schwefel. Arbeit am Hochofen, einem der beiden Öfen von Thyssen-Krupp in Duisburg am Standort Schwelgern. Hier arbeitet Reinhard Sadowski. Seit 33 Jahren. Zusammen mit Kollegen mauert er die vier Rinnen aus, durch die das kochendheiße, ge-



Reinhard Sadowski arbeitet seit mehr als 30 Jahren am Hochofen. Er ist 58 Jahre alt.

reinigte Roheisen fließt. Er ist 58 Jahre alt. In normalen Betrieben sind Beschäftigte in diesem Alter eine Rarität. Nicht so im Stahlwerk. Hier sind fast 30 Prozent über 50. Das Durchschnittsalter in der Stahlindustrie liegt heute bereits bei 43 Jahren. Und wird schon bald auf weit über 50 ansteigen, weil kaum mehr eingestellt wird und die gesetzliche Rente erst ab 67 Jahre gezahlt werden soll. Dabei sind Stahlwerke alles andere als Jungbrunnen. Die Arbeit ist körperlich anstrengend. Lärm, Hitze, Staub und Wechselschichten, vor allem Nachtschichten, zehren an der Gesundheit.

Sadowski wirkt jünger und fit. Es ist ihm nicht anzusehen, dass er »Probleme mit den Bronchien« hat und deswegen schon einmal zur Kur war. Dass »die Gelenke schmerzen« und »Treppen steigen weh tut«. Und dass er abends oft so kaputt ist, »dass man mich ins Bett tragen kann«. Aber die Beschwerden sind da.

Aufhören? Kommt für ihn nicht in Frage. Weil er Alleinverdiener ist, drei Kinder hat und die beiden Jüngsten noch studieren. Als Vorarbeiter verdient er rund 38 000 Euro brutto im Jahr. »Jeder Zehn-Euro-Schein ist für mich wichtig.«

Die IG Metall fordert für die 93 000 Stahlwerker in NRW, Niedersachsen, Bremen und Ostdeutschland mehr als in der letzten Tarifrunde: sieben Prozent für zwölf Monate. Letztes Mal hatte sie 6,5 Prozent gefordert. Und 3,5 Prozent plus 500 Euro Einmalzahlung durchgesetzt. »Die Erwartungen unserer Mitglieder sind zu Recht hoch«, sagt IG Metall-Bezirksleiter von NRW, Detlef Wetzel. »Die Branche boomt, die Gewinne explodieren.« Reinhard Sadowski hat einen Namens-

vetter. Er heißt Robert Sadowski, ist Stahl-Tarifsekretär der IG Metall, und von ihm kommt der schöne Satz: »Das Dach sollte man decken, wenn die Sonne scheint.«

Darum will die IG Metall jetzt einen zweiten Tarifvertrag abschließen, mit dem sie etwas für die Älteren tut und der zugleich Jüngeren besser zum Einstieg hilft. Ältere Stahlwerker sollen länger gesund arbeiten können. Aber sie sollen auch weiterhin früher ausscheiden können, wenn sie das wollen. Gedacht ist zum Beispiel an altersgemischte Teams, in denen die, die auf die 60 zusteuern, kürzer arbeiten können. Oder daran, dass Arbeiter, deren Tätigkeit besonders anstrengend ist, als Ausgleich Freizeiten erhalten, die sie ansparen können, um später weniger zu arbeiten. Niemand soll sich krank schuften und dann, wie Reinhard Sadowski, mit 58 sagen müssen: »Ich mache die 50 Jahre voll.«

Sylvia Koppelberg



Foto: go-digitalpro / Boehme

Politik und Wirtschaft haben den Mittelstand entdeckt. In nahezu jeder Sonntagsrede und Fernseh-Talkshow wird auf die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs hingewiesen. Doch was ist der Mittelstand? Seinen Ideologen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, dem »Mythos Mittelstand« neuen Glanz zu verleihen. Mit Bürokratieabbau will die Bundesregierung dem Mittelstand auf die Beine helfen. Aber ist dies das richtige Mittel? metall begibt sich auf die Suche.



Ehemaliger mittelständischer Betrieb mit 300 Beschäftigten: Fehlendes Wachstum im Inland führte zur Schließung

Mittelstand

Fehlende Innovation führt zu Problemen

Wolfgang Clement, bis 2005 Minister für Wirtschaft und Arbeit in der rot-grünen Bundesregierung, zeigte sich wieder als Macher. Nachdem Mittelstandsideologen und andere Wirtschaftslobbyisten lange genug getrommelt hatten, stampfte er 2002 eine Gesetzesinitiative »Pro Mittelstand« aus dem Boden. Vorrangiges Ziel seiner Initiative: den Mittelstand »von der Zwangsjacke der Büro-

kratie« zu befreien, um damit neue Kräfte für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu entfachen.

Die Große Koalition setzt die Politik ihrer Vorgängerin weiter fort. Denn: »Bürokratiekostenabbau ist ein Gratiswachstumsprogramm, denn weniger Bürokratie kostet nichts«, sagt Clement-Nachfolger Michael Glos (CSU). Unnötige Bürokratie sei ein Bremsklotz. Sie koste Zeit sowie Geld und

davon hätten gerade kleine Unternehmen nichts zu verschanken.

Dafür hat die Regierung in diesem Jahr mehrere Gesetze zum Bürokratieabbau verabschiedet oder beraten. Ziel soll es sein, bereits bestehende bürokratische Hemmnisse abzubauen und neue Bürokratie für Bürger, Wirtschaft und Behörden zu verhindern. Mit vier Maßnahmen will Schwarz-Rot das Ziel erreichen: mit dem Mittelstandentlas-

tungsgesetz und einem »Standardkostenmodell« zum einen. Dazu braucht es aber neue Bürokratie: einen Koordinator für Bürokratie und einen Normenkontrollausschuss zum ändern. Ob diese neue Struktur wirklich effizient arbeitet und nicht selber ein »bürokratisches Monstrum« ist, muss man abwarten.

IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters hat Zweifel: »Wirtschaft funktioniert nicht so einfach, wie Herr Glos sagt.« Der Auslöser für Wachstum sei vielmehr nicht weniger Bürokratie, sondern mehr Wachstum. Deshalb bräuchten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine Stärkung der Binnenwirtschaft und eine auf den Binnenmarkt gerichtete koordinierte Nachfragepolitik. »Weniger Bürokratie ist kein Wachstumsprogramm zum Nulltarif.«

Vorschläge gegen Arbeitnehmer

Wirtschaftsverbände nutzen die Begriffe Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau vor allem, um einen Angriff auf betriebliche, demokratische und soziale Rechte von Arbeitnehmern zu verschleiern. So hat der Arbeitgeberverband Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHKT) unter dem Titel »Weniger Bürokratie, mehr Freiheit« 28 Vorschläge aufgelistet, wie »insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen« befreit werden können. Neben der üblichen Jammerei über zu hohe Steuern sind es vor allem die Vorschriften im Arbeits- und Sozialrecht, in der Bildung sowie im Arbeits- und Gesundheitsschutz, die geschleift werden sollen.

So wollen die Arbeitgebervertreter den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit einschränken, den Kündigungsschutz bis 20 Beschäftigte abschaffen und erst ab drei Jahren

Betriebszugehörigkeit anwenden. Befristungen ohne sachlichen Grund sollen bis zu vier Jahren möglich werden und das »Ersteinstellungserfordernis« fallen. Jugendliche sollen künftig generell bis 23 Uhr

klare Alternative zum Kurs der Bundesregierung. »Wir sind auch für den Abbau von Bürokratie. Warum denn nicht, wenn es denn den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nützt«, sagt Jürgen Peters. Schließlich arbei-

»Gerade für Mittelständler, die stärker als Großunternehmen vom Inlandsabsatz abhängen ist das Wachstum der heimischen Wirtschaft Überlebensfaktor Nummer 1.«

Wolfgang Rhode

arbeiten dürfen. Die Anrechnung beruflicher Vorbildung soll abgeschafft und die Übernahmeverpflichtung für Auszubildendenvertreter gestrichen werden. Natürlich gehört zu dem Katalog auch die Freigabe der Ladenöffnungszeiten oder weniger Lärmschutzvorschriften.

Dieses Programm aus der neoliberalen Mottenkiste macht die IG Metall nicht mit. Ihre mittelstandspolitische Initiative ist eine

ten in den kleinen und mittleren Unternehmen knapp die Hälfte der IG Metall-Mitglieder. Ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu gestalten und ihre betrieblichen Interessenvertretungen zu sichern, ist der IG Metall wichtig. Mit ihrem Engagement will sie dafür sorgen, dass der KMU-Bereich nicht von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt wird.

Alle Regierungen – ob Rot-Grün oder Schwarz-Rot – oder ob die EU-Kommission: Sie setzen auf weniger Bürokratie, weil ihr Abbau ihrer Meinung nach gleichbedeutend ist mit mehr Wachstum. Für die IG Metall ein fundamentaler Irrtum. »Gerade für Mittelständler, die deutlich stärker als Großunternehmen vom Inlandsabsatz abhängen, ist das Wachstum der heimischen Wirtschaft Überlebensfaktor Nummer 1«, meint Wolfgang Rhode, im IG Metall-Vorstand für diesen Bereich zuständig. Deshalb kann das erklärte Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und Innovations- und Investitionskräfte frei zu setzen, allein durch Bürokratieabbau nicht erreicht werden.

Auch die KMU versuchen sich im Wettbewerb zunehmend durch Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen zu behaupten.



Foto: go-digitalpro / Boehme

Zeit wird knapp im Mittelstand: Weniger Bürokratie ist kein Wachstum zum Nulltarif

Daten und Fakten*

► **3,3 Millionen** mittelständische Unternehmen mit knapp **20 Millionen Beschäftigten**. Das sind 99,7 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen.

► **Kleinunternehmen** sind alle Unternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten und einem Umsatz von einer Million Euro. Mittelgroße Unternehmen haben 50 bis 499 und erreichen einen Umsatz von einer Million bis 12,5 Millionen Euro.

► Im Organisationsbereich der IG Metall sind knapp **4,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** beschäftigt.

Der Mittelstand

► erwirtschaftet **40,8 Prozent** aller steuerpflichtigen Umsätze,

► beschäftigt **70,2 Prozent** aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

► bietet rund **82 Prozent** aller Ausbildungsplätze an,

► tätigt **51,5 Prozent** der Bruttoinvestitionen aller Unternehmen,

► trägt mit **48,8 Prozent** zur Bruttowertschöpfung bei.

*Die Angaben sind aus 2004. Neuere gibt es nicht.

Diese »Perversion« des Wettbewerbsgedankens schadet nicht nur den betroffenen Belegschaften. Sie führt zugleich zu wirtschaftlichen Fehlsteuerungen und zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Die IG Metall fordert deshalb von den politisch Verantwortlichen, Investitionen zu fördern und dem Lohnsenkungswettbewerb die rote Karte zu zeigen.

Vorrang für die Beschäftigten

Zum Schutz der Beschäftigten und der Sicherung der Arbeitnehmerrechte will die IG Metall die Wahl gewerkschaftlich organisierter Betriebsräte auch in kleineren Betrieben vorantreiben. Weil Mitbestimmung auch ein Produktionsfaktor ist. Denn viele tausend Arbeitsplätze gehen verloren, wenn Mittelständler sich nicht auf neue Marktverhältnisse einstellen können oder Familienzwiste eine produktive Weiterführung oder Erneuerung von Unternehmen behindern.

In KMU geschehen nach wie vor überdurchschnittlich viele Unfälle. Deshalb fordert die IG Metall einen modernen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das ist kein »bürokratisches Hemmnis der Geschäftsentwicklung«, sondern eine Chance, die Arbeitsprozesse zu verbessern.

Der Erfolg deutscher Unternehmen liegt insbesondere in gut qualifizierten und motivierten Belegschaften. Auch hier liegt vieles im Argen. Eine Chance, in diesem Bereich einen Schritt nach vorne zu machen, bietet der neue Tarifvertrag, der gerade die Investition in die Weiterbildung der KMU-Beschäftigten maßgeschneidert regeln kann. ◀

Werner Hoffmann

Interview

»WIR WOLLEN UNSERE PRÄSENZ AUSBAUEN«

metall sprach mit Wolfgang Rhode, im Vorstand für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zuständig, über den Mythos Mittelstand



Foto: Renate Schildhauer

metall: Die Politik hat den Mittelstand entdeckt. Was ist das für ein Gebilde?

Rhode: Hinter dem schillernden Begriff »Mittelstand« verbergen sich extrem unterschiedliche Strukturen und Interessen. Da gibt es die unterschiedlichsten Betriebsgrößen, Branchengruppen und Unternehmensstrukturen.

metall: Die IG Metall hat eine mittelstands-politische Initiative aufgelegt. Springt sie jetzt auch auf diesen Zug?

Rhode: Nein. Zum Mittelstand gehören kleine und mittlere Unternehmen. In Ihnen sind heute schon 45 Prozent unserer Mitglieder organisiert. Um die müssen wir uns kümmern. Auch die in der IG Metall organisierten Betriebsräte arbeiten überwiegend in KMU. Deshalb ist Mittelstandspolitik ein Handlungsfeld der IG Metall.

metall: Wie sieht das Kümmern aus?

Rhode: Wir wollen unsere Präsenz in den Betrieben des industriellen Mittelstands sowie in den kleinen und mittleren Unternehmen des industriellen Dienstleistungs- und des Handwerks weiter ausbauen.

Das heißt, wir wollen auch neue Mitglieder zugewinnen und den Organisationsgrad erhöhen. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, zumal in der Bundesrepublik mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in KMU arbeiten.

metall: Was sind die Schwerpunkte der IG Metall-Initiative?

Rhode: Für uns stehen die Interessen der Beschäftigten im Mittelpunkt. Deshalb wollen wir Innovation fördern und Wettbewerb um Lohnsenkung unterbinden. Wir wollen die Demokratie im Betrieb sichern und voranbringen. Es fehlt an modernem Gesundheitsschutz. Auch bei Weiterbildung und Personalentwicklung sehen wir große Lücken. Oder die Tarifpolitik. Wir müssen deutlich machen, dass auch in der mittelständischen Wirtschaft Tarifverträge nützliche und wichtige Instrumente sind. Es gibt genügend Beispiele von KMU, wo faire Tarife, gute Arbeit und wirtschaftlicher Erfolg bewährte Praxis sind.

Lobbyisten nutzen ihre Popularität schamlos aus

metall 7-8/2006: Titel: Lobbyismus in Deutschland

► Man kann das schädliche Wirken dieser Leute in der Bundesrepublik nicht oft genug ansprechen. Sie nutzen ihre Popularität schamlos aus, um gegen unser Sozialsystem zu schießen. Man kann daher nur unsere Gewerkschaftsführer bitten, doch jede

Arbeitslose und Geringverdiener kaufen eben sehr selten einen neuen Mercedes.

Michael Vogt, Taura

Unter Druck gesetzt

metall 7-8/2006: Jeden Tag ein neuer Kampf

► Seit Hartz IV kann ich nicht mehr richtig schlafen. Da wird mir zum Beispiel die Leistung auf null gekürzt, weil ich angeblich meinen Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen bin. Wir Erwerbslosen sind zum Freiwild geworden und werden öffentlich und medienwirksam diffamiert. Wir werden unter Druck gesetzt und gegängelt. Das macht krank.

Katharina Wolpert, Bremerhaven

Wissende Politik

metall 7-8/2006: Die Lüge der Arbeitgeber

► Solche Appelle, wie sie Frau Merkel und Kurt Beck an die Wirtschaft richten, müssen zwangsläufig zur Lachnummer geraten und sind im Grunde gar nicht ernst gemeint. Denn es stehen von Seiten der Wirtschaft im Bezug auf

künftige Ausbildung ganz andere Überlegungen im Raum. Und die Politik weiß das, denn sie tut alles um die noch bestehenden gesetzlichen Schutzmechanismen auszuhebeln.

Friedhelm Pfeiffer, Greifenstein

Globaler Prozess

metall 7-8/2006: Monatsökonom

► Was noch fehlt, ist eine zugängliche Analyse gewerkschaftsnaher Wirtschaftsinstitute über den Sozialabbau der letzten Jahre: Zahlen, die darstellen, in welchem Umfang die Reallöhne gedrückt und was der lohnabhängigen Bevölkerung genommen wurde. Diese Analyse sollte dem Umstand Rechnung tragen, dass Sozialabbau ein globaler Prozess ist.

Uwe Gibbert, Köln

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.

Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.



Lobbyisten-Runde im Fernsehen: Schädliches Wirken anprangern

Gelegenheit zu nutzen, für den Erhalt unseres Sozialsystems in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Horst Könnecker, Kiel

► Zunehmend beobachte ich, dass in Reportagen und Boulevard-Magazinen über faule Arbeitslose oder betrügerische Hartz-IV-Empfänger berichtet wird, selbstverständlich mit versteckter Kamera. Noch nie jedoch sah ich eine Sendung, wie durch Hartz IV hochverschuldete Menschen von Behördenwillkür gepeinigt werden. Das passt offenbar nicht ins Bild der Lobbyisten. Die bisher für die INSM ausgegebenen 100 Millionen Euro hätte Gesamtmetall besser in Arbeitsplätze investiert. Dann müsste man auch nicht mehr über die schlechte Binnenkonjunktur jammern.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 0 69-66 93-80-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des
Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Werner Kubitz, ehemaliger Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter, erkrankte 1996 an Kehlkopfkrebs. Vor vier Jahren ging der 58-Jährige in den »Ruhestand«. Seitdem engagiert er sich im »Bundesverband der Kehlkopfflosen«. Der Verband hat rund 20 000 Mitglieder.



Foto: Kristina Jentzsch

Zu Besuch bei

Werner Kubitza

metall-Autorin Heide Platen traf ihn in Braunschweig

Braunschweig kennt er »wie seine Westentasche«. Den besten Rhabarberkuchen gibt es im Café am Ufer der Oker. Federnder Schritt voraus, sportliche Wildlederjacke, Jeans. Werner Kubitza (58) sieht kerngesund und dynamisch aus, er klingt nur ein bisschen sehr heiser. Dass er sich beim Reden den Finger gegen den Hals presst, fällt gar nicht weiter auf. Werner Kubitza reguliert seine Stimme durch den Druck auf den Luftröhrenschnitt wie ein Ventil. Er lebt ohne Kehlkopf. Seine Krankengeschichte begann 1996. Erst wurde ihm ein Teil der Stimmbänder entfernt, dann der ganze Kehlkopf. Das wäre für manch anderen das Ende der beruflichen Karriere gewesen. Die Operation sei schon »ein Schlag« gewesen, sagt er.

Aber er machte weiter, saß wenige Wochen später wieder als Erster Bevollmächtigter der IG Metall in seinem Büro in Salzgitter.

Er übte seine Stimme, verbesserte die Atemtechnik, hielt wieder Reden, erst vor 200, dann vor 800 Menschen: »Dann wusste ich, jetzt kann ich auch wieder in ein Stahlwerk gehen.« Ohne Kehlkopf zu leben, das habe »auch seine Vorteile«. Vor Beginn seiner Vorträge informiere er die Zuhörer über sein Handicap. Früher habe er oft gegen einen Lärmpegel anreden müssen: »Heute sind sie bei mir mucksmäuschenstill. Da kann man eine Stecknadel fallen hören.«

Den Rest regelt das Mikrophon: »Wenn die Bässe raus sind, geht das wunderbar.« Außerdem habe er gelernt, sich auf das Wesentliche

zu beschränken: »Das ganze Gelaber fällt dadurch weg.«

2002 ist Kubitza in den Ruhestand gegangen. Aber nur, um gleich wieder Funktionär zu werden. Er hatte sich mit seiner Krankheit auseinandergesetzt und Leidensgenossen im »Bundesverband der Kehlkopfloren« kennengelernt. Und sogleich gründete er eine Ortsgruppe in seiner Heimatstadt Salzgitter, wurde Beisitzer im Bundesvorstand und seit Mai ist er dessen Präsident. Zu den Aufgaben des Verbands mit rund 20 000 Mitgliedern in der Bundesrepublik gehören die Beratungen von Patienten und Angehörigen. Die, »die ohne Beistand erst einmal in ein tiefes Loch fallen«. Kubitza: »Viele ziehen sich leider total zurück und kommunizieren nicht mehr.«

»Wir waren immer vorn«

Der »Bundesverband der Kehlkopfloren« empfiehlt Ärzte und Logopäden, hilft bei Anträgen an die Krankenkassen und Klagen vor Sozialgerichten, ergreift aber auch politische Initiativen zur Verbesserung der Gesetze zum Schutz Behinderter. Das Wissen über und die Anerkennung von Kehlkopfleiden als Berufskrankheit sei, sagt Kubitza, »noch völlig unterentwickelt«.

Werner Kubitza ist ein Macher. Sein Vater war ein kleiner Verwaltungsangestellter, die Mutter Hausfrau. Die Eltern waren »sehr sozial geprägt«, aber als Flüchtlinge aus Schlesien »eher aus der katholischen Ecke«. Er lernte bei der Siemens AG in Braunschweig Maschinenschlosser und engagierte sich schon als Azubi in der IG Metall, wurde mit 21 Jahren Betriebsrat. Nebenbei lernte er an Abend- und Volkshochschule, studierte dann in Hamburg Wirtschaft und Politik. Für die Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung ist er noch heute dankbar. Sofort nach dem Studium holte die Gewerkschaft den Diplom-Betriebswirt als Leiter einer neu aufgebauten Wirtschaftsabteilung. Eigentlich habe er sich das erst gar nicht zugetraut: »Aber ich wurde gleich ins kalte Wasser geworfen. Und das war gut so.« 1981 wurde er Sekretär der IG Metall Salzgitter und war dort zwölf Jahre lang Erster Bevollmächtigter. Auf die kämpferischen Metaller in seiner Region ist er noch immer stolz, erinnert sich begeistert an Arbeitskämpfe »zusammen mit dem heutigen Vorsitzenden Peters«. Kubitza: »Wir waren immer vorn. Das hat sich bis heute gehalten.«



Illustration: Dream Stock

Grundsicherung

Im Alter würdevoll leben

Viele Rentnerinnen und Rentner können trotz eines langen Erwerbslebens nicht von ihrem Geld leben. Was sie oft nicht wissen: Sie haben einen Anspruch auf die so genannte Grundsicherung im Alter.

Immer mehr alte Menschen leben in Armut. Der Grund: Die Rente reicht nicht mehr zum Leben. Die Folge der verfehlten Beschäftigungspolitik der vergangenen Jahre: Altersarmut. Einst gab es das Phänomen »Altersarmut« vor allem in den USA. Jetzt sind auch im wohlhabenden Deutschland immer mehr Rentnerinnen und Rentner

davon betroffen. Das bemerkte auch der Gesetzgeber: 2003 wurde die so genannte Grundsicherung im Alter, eine Art Sozialhilfe für ältere Menschen, eingeführt. Kein Wunder, denn die Zahlen sprechen für sich. Bereits im Oktober vergangenen Jahres meldete das Statistische Bundesamt: »Es gibt immer mehr Empfänger von Grundsicherung

im Alter.« 2004, ein Jahr nach der Einführung der Grundsicherung, erhielten bereits mehr als eine halbe Million ältere Menschen das Geld vom Staat. Nicht nur die Anzahl derer, die zumindest die Statistik erfasst, lässt aufhorchen. Auch die Zunahme ist alarmierend: Im Jahr 2004 lebten bereits 20 Prozent mehr Rentnerinnen und Rentner

unterhalb der Armutsgrenze. Diese Zahlen bilden jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit ab. Denn: Viele Menschen nehmen ihre Sozialhilfeansprüche gar nicht wahr. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Scham. Unkenntnis. Aber vor allem auch die Angst, der Staat könnte womöglich die Angehörigen zur Kasse bitten. Stattdessen leben viele Rentnerinnen und Rentner in »verschämter Armut«, wie es im Behörden-Deutsch heißt.

Tendenz steigend. Das wissen auch die Senioren der IG Metall. Mitte Mai gingen deshalb rund 600 von ihnen in Düsseldorf auf die Straße. »Gegen Rentenkürzung und Altersarmut« lautete der Slogan ihrer Protestaktion. Für den Herbst sind weitere Aktionen geplant, mit denen die IG Metall- und Verdi-Senioren gegen anhaltende Kürzungen von Rente und Sozialleistungen demonstrieren wollen.

Der entscheidende Unterschied

Damit Bedürftigen ein Leben in Armut erspart bleibt, raten die IG Metall-Senioren, bei einem monatlichen Einkommen unter 700 Euro zu prüfen, ob ein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Während die Sozialhilfe eine Leistung ist, die Menschen in einer vorübergehenden schwierigen Lebenssituation unterstützt, greift die Grundsicherung langfristig. Der entscheidende Unterschied zwischen Sozialhilfe und Grundsicherung ist, dass Kinder oder Eltern nicht unterhaltspflichtig sind, wenn das Jahreseinkommen unter 100 000 Euro liegt.

Die Voraussetzungen

Anspruch haben Personen, die aufgrund ihres Alters oder dauerhafter Erwerbsminderung nicht mehr arbeiten können und kein

Einkommen haben, von dem sie leben können. Altersrentner müssen das 65. Lebensjahr vollendet haben. Junge Menschen, die aus medizinischen Gründen voll erwerbsgemindert sind, müssen mindestens 18 Jahre alt sein.

Wofür und wie viel?

Mit der Grundsicherung sollen die Kosten des notwendigen Lebensunterhalts, für Unterkunft und Heizung sowie Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge abgedeckt werden. Wer wegen seiner persönlichen Lebensumstände höhere Kosten hat, dem wird ein so genannter Mehrbedarf gezahlt. Weil die Grundsicherung eine bedarfsorientierte Leistung ist, wird von den Sozialämtern geprüft, ob die monatlichen Kosten höher sind, als Einkommen und Vermögen. Vor allem wird geprüft, ob sie »angemessen« sind. Bei einer Unterkunft werden die tatsächlich entstandenen, angemessenen Kosten für beispielsweise Miete, Nebenkosten und Heizung berücksichtigt. Wer in einem Alters- oder Pflegeheim lebt, bekommt die Kosten einer Warmmiete eines Ein-Personen-Haushalts berücksichtigt. Ein Wohnungspreis, der sich nach dem örtlichen Mietspiegel richtet, gilt als angemessen. Ebenso die Beiträge in die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Eine private Krankenversicherung wird nicht automatisch übernommen, hier wird erst die Beitragshöhe geprüft.

Den Mehrbedarf gibt es zum Beispiel auch für gehbehinderte Menschen, die in ihrem Schwerbehindertenausweis das Merkzeichen G oder aG eingetragen haben. Sie bekommen pauschal 17 Prozent mehr von ihrem Regelsatz gezahlt. Zusätzliche

Leistungen erhalten aber auch werdende Mütter nach der zwölften Schwangerschaftswoche, Alleinerziehende und behinderte Menschen mit Eingliederungshilfe oder Personen, die sich wegen ihrer Gesundheit teuer ernähren müssen.

Hilfe für besondere Lebenslagen wird gezahlt, wenn sich jemand in einer sozialen Notlage befindet. Zum Beispiel, wenn wegen Mietschulden die Obdachlosigkeit droht.

Der Eckregelsatz

Die Höhe der Grundsicherung richtet sich nach den Eckwerten der Sozialhilfe. Zur Zeit bewegen sich die Regelsätze für Alleinstehende je nach Bundesland zwischen 331 und 345 Euro. Haushaltsangehörige bekommen 80 Prozent vom Regelsatz gezahlt.

Bei Verheirateten hängt die Höhe der Leistung vom Vermögen und Einkommen des Ehepartners ab, was auch für eheähnliche Gemeinschaften und gleichgeschlechtliche Lebenspartner gilt. Darum wird auch für den Partner ein persönlicher Bedarf festgelegt und mit den vorhandenen finanziellen Mitteln gegengerechnet. Was übrig bleibt, wird beim Antragsteller berücksichtigt.

Der Antrag

Anträge werden beim örtlich zuständigen Sozialamt, Bereich Grundsicherung, gestellt. Wenn sämtliche Kosten des Antragstellers angemessen und geringer sind als das Einkommen, wird die Differenz als Grundsicherungsleistung gezahlt. Die Leistungszahlungen beginnen mit dem ersten Tag des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde und werden für ein Jahr gezahlt. Danach muss ein neuer Antrag gestellt werden. ◀

Antonela Pelivan

WAS IST EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Zum Einkommen gehören

- Erwerbseinkommen (auch aus Nebenjobs)
- Renten und Pensionen (auch aus dem Ausland)
- Unterhalt des getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten
- Kindergeld
- Krankengeld
- Miet- und Pachteinnahmen
- Zinsen und sonstige Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Zum Vermögen gehören

- Haus- und Grundvermögen
 - Bargeld, Sparguthaben, Wertpapiere sowie Rückkaufswerte von Lebensversicherungen
 - PKW
- Kleinere Barbeträge fallen unter das so genannte Schonvermögen. Schonvermögen für Alleinstehende: 2600 Euro; für Verheiratete oder eheähnliche Partnerschaften: insgesamt 3214 Euro; für weitere unterhaltspflichtige Personen im Haushalt erhöht sich der Betrag um 256 Euro pro Person.

Beratung, Information, Hilfe

Fragen beantworten die Rentenversicherungsträger, das Sozialamt oder die Versicherungsämter der Stadt- und Landkreise vor Ort. Die Versichertenältesten geben nicht nur Auskunft, sondern helfen auch, die Anträge auszufüllen.

Kostenloses Service-Telefon der Deutschen Rentenversicherung: 0800-1000 4800. Formulare oder Broschüren sowie Adressen der Versichertenältesten gibt es auch unter: ► www.deutsche-rentenversicherung.de



RECHT **so**



metall: Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) gilt bereits seit 2001. Dennoch gibt es immer wieder Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in Teilzeit arbeiten möchten. Wie sieht die Rechtslage aus?



Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Arbeitnehmer, die in einem Unternehmen mit mehr als 15 Mitarbeitern arbeiten, können nach sechsmonatiger Beschäftigung einen Antrag auf Teilzeitarbeit stellen. Der Antrag muss drei Monate vor Beginn der gewünschten Reduzierung schriftlich gestellt werden. Im Antrag müssen auch Vorschläge enthalten sein, wie die Arbeitszeit verteilt werden soll.

Wenn keine gravierenden betrieblichen Gründe gegen den Antrag sprechen, muss der Arbeitgeber ihm zustimmen. Solche Gründe liegen beispielsweise vor, wenn durch die Teilzeit umfangreiche Übergaben notwendig werden oder eine Neuorganisation der Arbeit mit hohen Kosten verbunden ist. Sie gelten auch, wenn kein (neuer) Mitarbeiter für die Zeit gefunden werden kann, um die die Arbeitszeit reduziert wird.

Wurde der Antrag genehmigt, haben Arbeitnehmer frühestens nach Ablauf von zwei Jahren wieder einen Anspruch auf Veränderung der Arbeitszeit. Gleiches gilt, wenn der Arbeitgeber einen Antrag begründet abgelehnt hat.

Teilzeitbeschäftigte, die sich auf eine Stelle mit längeren Arbeitszeiten bewerben, müssen gegenüber Mitbewerbern, die bereits die in der Stellenausschreibung gewünschten Arbeitszeit haben, bevorzugt behandelt werden.

Wer Teilzeit arbeitet, darf vom Arbeitgeber nicht benachteiligt werden. Das Arbeitsentgelt und mögliche Sonderleistungen sind anteilig entsprechend der Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeitbeschäftigten zu zahlen. Urlaub ist in gleicher Weise zu gewähren. Außerdem besteht der gleiche Anspruch auf Weiterbildung wie bei Vollzeitbeschäftigten.

Diese Regelungen gelten übrigens auch ausdrücklich für Arbeitnehmer in leitenden Funktionen. ◀

► **Weitere Fragen** zum Teilzeitgesetz oder rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.



Ein Lehrstück

Welche Arbeiten Dein Ausbilder nicht von Dir verlangen darf. Und Deine Rechte als Azubi.

Woher weiß ich, was zu meinen Aufgaben gehört?

Was Du lernen solltest, steht im allgemeinen Ausbildungsrahmenplan. Diesen gibt es für jeden Beruf und er beschreibt genau den zeitlichen und inhaltlichen Ablauf Deiner Ausbildung. Außerdem gibt es noch den Ausbildungsplan, der von Deinem Betrieb vorgelegt und dem Ausbildungsvertrag beigelegt sein muss. Von wann bis wann Du in welcher Abteilung bist und was im Detail Du dort lernen solltest, ist hier ausführlich beschrieben.

Was gehört nicht zu meinen Aufgaben?

Laut Paragraph 14 des Berufsbildungsgesetzes darf Dein Ausbilder Dir keine Aufgaben erteilen, die nicht dem Ausbildungszweck dienen. Das kön-

nen ausbildungsfremde Arbeiten sein, also Tätigkeiten, die nichts mit Deiner Ausbildung zu tun haben. Zum Beispiel Babysitten beim Chef oder Autowaschen beim Ausbilder.

Auch ausbildungsfremde Routinarbeiten gehören nicht zu Deinen Aufgaben. Ausbildungsfremde Routinarbeiten sind Tätigkeiten, die Du immer wieder machen musst und Du deshalb keine Zeit hast, neue Dinge zu lernen. Es ist offensichtlich, dass Dein Ausbilder wenig Interesse daran hat, dass die ausbildungsfremden (Routine-) Arbeiten im Berichtsheft auftauchen. Trotzdem solltest Du darauf bestehen. Sollte es wirklich später einmal zu einem ernsthaften Konflikt zwischen Dir und Deinem Ausbilder kommen, kann das Berichtsheft als wichtiges Beweismittel dienen.



Auszubildende in einer Lehrwerkstatt:
Bei Problemen mit dem Ausbilder hilft
die IG Metall weiter

Wie kann ich mich wehren?

Natürlich empfiehlt es sich, das Gespräch mit dem Ausbilder zu suchen. Sei dafür vorbereitet, besorge Dir eventuell eine Kopie des Berufsbildungsgesetzes und verweise sachlich und kompetent auf die entsprechenden Paragraphen. Bei der Vorbereitung auf das Gespräch hilft Dir Dein IG Metall-Jugendvertreter. Den Gesetzestext gibt es kostenlos auf der Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: www.bmbf.de. Nachteil: Die Fachsprache ist kompliziert, aber beim Verstehen und Interpretieren kann Dir der Jugendvertreter helfen.

Womit habe ich Recht?

Kommt Dein Ausbilder allerdings weiterhin Deinen berechtigten Forderungen nicht nach, ist der erste Schritt auf dem Rechtsweg das schriftliche Einreichen einer Geltendmachung bei Deinem Ausbilder. In dieser schilderst Du das vorliegende Problem und stellst Deine Ansprüche. Da es bei einer Geltendmachung einiges zu beachten gilt, empfiehlt es sich wiederum, Hilfe bei Deiner Gewerkschaft einzuholen. Das Einschalten des Jugendvertreters hat oft auch den Effekt, dass der Ausbilder Dein Anliegen ernster nimmt. Weil er dadurch erfährt, dass Du dank der IG Metall Rechtsschutz hast. Kann der Konflikt damit nicht

bereinigt werden, kommt es zu einem Schlichtungsverfahren. Dazu darfst Du einen Berater mitbringen. Finden kannst Du einen solchen in Deinem Betriebsrat. Sollte auch die Schlichtung keine Einigung herbeiführen können, kannst Du Klage beim Arbeitsgericht einlegen und in einigen Fällen Schadensersatz zugesprochen bekommen.

Weitere Informationen zum Thema Ausbildung findest Du im Netz auf den Seiten:

- www.dr-azubi.de
- www.jugend.igmetall.de
- www.bibb.de
- www.dgb-jugend.de

Kathrin Schreck

BUCHTIPPS

- **»Rechte und Pflichten in der Berufsausbildung. Das neue Berufsbildungsrecht«.** Thomas Lakies, Verlag Schmidt, 36,80 Euro.
- **»Auszubildende. Rechte, Pflichten, Orientierung«.** Klaus Preyer, Bund-Verlag, 2004, 9,90 Euro.
- **»Handbuch Ausbildung«.** Clemens Urbanek, Christiani Verlag, 2005, 16,80 Euro.

ÄNDERUNGEN BEI HARTZ IV

Seit 1. August ist das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kraft. Für Arbeitslosengeld-II-Bezieher ergeben sich viele Änderungen. Hier die wichtigsten:

► **Sofortangebote:** Antragsteller, die innerhalb der letzten zwei Jahre weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosengeld II bezogen haben, sollen sofort ein Angebot erhalten. Dies kann zum Beispiel eine Qualifizierungsmaßnahme oder ein Job-Angebot sein.

► **Vermögensfreibeträge:** Der Freibetrag für Vermögen, das für die Altersvorsorge eingesetzt wird, steigt von 200 Euro auf 250 Euro pro Lebensjahr, maximal 16 250 Euro. Damit soll die Möglichkeit verbessert werden, eine zusätzliche private Altersabsicherung abzuschließen. Der allgemeine Vermögensfreibetrag (Grundfreibetrag) wird von 200 Euro auf 150 Euro je Lebensjahr gesenkt, maximal 9750 Euro.

► **Eheähnliche Lebensgemeinschaften:** Eine eheähnliche oder lebenspartnerschaftliche Gemeinschaft wird dann vermutet, wenn die Partner seit mindestens einem Jahr zusammenleben, über Einkommen und Vermögen des anderen Partners verfügen können, gemeinsame Kinder haben oder gemeinsam Kinder beziehungsweise Angehörige versorgen. Diese Regelung betrifft jetzt auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

► **Familien:** Ab sofort können Familien zwischen Kinderzuschlag und Arbeitslosengeld II mit befristetem Zuschlag, der nach vorherigem Arbeitslosengeldbezug gewährt wird, wählen. Bei Schwangerschaft und Geburt werden neben der Babykleidung nun auch Kinder-

wagen, Stilleinlagen und vieles mehr als einmalige Leistungen finanziert. In so genannten »Patchworkfamilien« müssen Partner ihr Einkommen und Vermögen auch für nicht leibliche Kinder einsetzen.

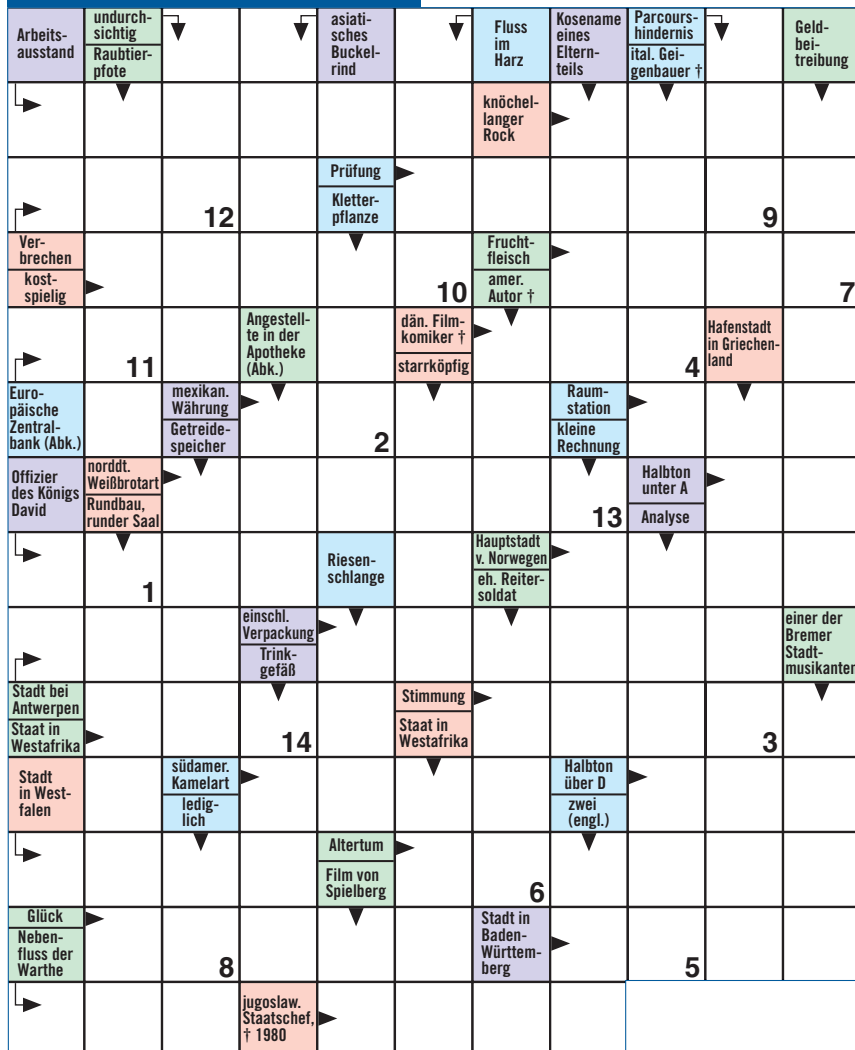
► **Erreichbarkeit:** ALG-II-Empfänger müssen an Werktagen grundsätzlich unter ihrer Adresse erreichbar sein.

► **Sanktionen:** Für unter 25-jährige können Sanktionen flexibler gestaltet werden. Es besteht nun die Möglichkeit die Sanktionsdauer von drei Monaten auf sechs Wochen zu verkürzen. Gleich bleibt, dass die Regelleistungen für unter 25-jährige bereits in der ersten Stufe entfallen und nur noch Sachleistungen erbracht werden.

► **Sanktionen ab Januar 2007:** Weigert sich ab diesem Zeitpunkt ein Empfänger von Arbeitslosengeld II, eine zumutbare Arbeit anzunehmen oder eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, kann eine erste Absenkung der Regelleistung um 30 Prozent erfolgen. Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer zweiten Pflichtverletzung, kann eine Minderung um 60 Prozent erfolgen. Bei einer dritten Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres entfällt der vollständige Leistungsanspruch, einschließlich der Kosten für Unterkunft und Heizung. Bei jungen Menschen unter 25 Jahren kann ab Januar 2007 bereits bei einer zweiten Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres der Leistungsanspruch vollständig entfallen. ◀

► **Aktuelle Änderungen und Informationen unter:**
www.arbeitsagentur.de
sowie www.bmas.bund.de

Monatsrätsel...



Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. September 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Juni 2006: Steuersubvention

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im Juni 2006:

Je ein IG Metall-Fußball

geht an:

Klaus Schinder, Hattingen
Udo Ziegs, Böblingen

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis:

Ein »Tipp-Kick«-Sportstadion zum Nachspielen der WM zuhause

2. Preis:

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:

Ein Spiel »Betriebsrat ärgere Dich nicht!« für die ganze Familie

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 9



Wenn Sie die Bilder richtig deuten erhalten Sie den zweiten Teil unseres Kettenrätsels.

Lösungsspruch Teil 4 bis 6:

Wenn einer eine Feder am Hut trägt, ist noch lange nicht gesagt, dass er fliegen kann.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 7-8 bis 9** auf eine Postkarte schreiben und bis 30. September 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei **Hauptpreise** gewinnen. Und als Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **56 Euro**.

Die **ACE-Klubmitgliedschaft** gewinnt: Eckhard Heiden, Monheim

Unsere **Gewinner** des Drei-Monats-Rätsels Teil 4 bis 6/2006

- 1. Preis:** Karl Pützer, Düren
- 2. Preis:** Klaus Buchwald, Harsewinkel
- 3. Preis:** Falko Scheele, Kiel

ANSCHLÄGE

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

- Unter Punkt 2. Kosteneinsparung im Lohnbereich
– ab März 2006 arbeitet jeder Mitarbeiter 4 Stunden monatlich ohne Lohnausgleich
– es werden von 9 verbleibenden Feiertagen im Jahr 2006 – 3 Feiertage ohne Lohnausgleich abgerechnet
- Unter Punkt 3. Zahlung der Löhne:
– ab 2007 sollen die Lohnüberweisungen wieder pünktlich vorgenommen werden

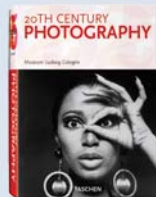
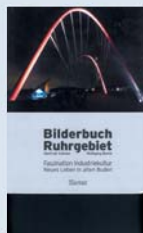
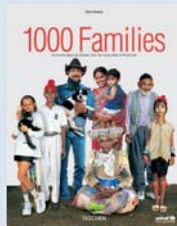
Dieser Beschluss wurde bei einer Abstimmung am 6.4.2006 einstimmig gefasst!

► Schreiben der Wäscherei Marsänger, Frankenberg

- 1.) Ab sofort werden keinerlei Urlaubsanträge, gleich von wem, bezüglich Vorverlegung bzw. Verlängerung des Betriebsurlaubs mehr angenommen. Ausnahme wird es nicht geben!
- 2.) Nach Antritt der Betriebsferien werden wir nicht wie in den Vorjahren, dies betrifft insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen, welche ihren Urlaub im Ausland verbringen, hinnehmen, dass uns Anrufe oder sonstige Mitteilungen erreichen das der angetretene Urlaub, aus welchen Gründen auch immer, eigenmächtig verlängert wird.

► Schreiben der Firma East-West Textilreinigung, Langen

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: **metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main**



Erster Digital-Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall

Zum ersten Mal schreibt **metall** einen Fotowettbewerb aus zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt.« Gefragt sind Digitalfotos (in Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien. **Einsendeschluss: 10. September. Teilnahmebedingungen:** Jedes Mitglied kann uns ein Digitalfoto von je maximaler Dateigröße von 500KB zumailen (Originalbilddatei sichern!).

► Die Adresse: fotowettbewerb@igmetall.de

Bitte jedes Foto einzeln in einer E-Mail mit Bild- und Absenderinformationen zumailen. **Wichtig:** In der Betreffzeile den Namen der beigefügten Bilddatei angeben, um eine einwandfreie Zuordnung der Bilder zu ermöglichen! Die Arbeiten werden auf eigenes Risiko eingesandt (keine Haftung). Die Einsender sichern zu, dass ihre Bilder nicht mit Rechten Dritter belastet und abgebildete Personen mit der Veröffentlichung einverstanden sind. Ansprüche Dritter werden vom Einsender erfüllt. Die Teilnehmer erklären sich mit der Teilnahme am Wettbewerb damit einverstanden, dass die Fotos im Zusammenhang mit dem Wettbewerb von der IG Metall mit Copyright-Vermerk veröffentlicht werden dürfen und im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden können. Geeignete Fotos stellen wir auch in einer Internet-Galerie mit Copyright-Vermerk aus. Die Gewinner werden von einer Fach-Jury der IG Metall ausgewählt und mit Sach- und Buchpreisen prämiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Kamikazekurs der Großen Koalition

DIERK HIRSCHEL ÜBER FUSSBALL, KONJUNKTUR UND VERTEILUNG

Gute Nachrichten aus Nürnberg gibt es nicht nur vom Fußball. Während der »Club« von Sieg zu Sieg eilt, darf nun auch der oberste Dienstherr der Bundesagentur für Arbeit wieder Erfreuliches verkünden: Fast 200 000 neue Jobs entstanden im ersten Halbjahr dieses Jahres. Drei Viertel dieser Stellen sind sozialversicherungspflichtig. Nachdem die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen hat, bessert sich also die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Kaum hatte sich die Nachricht von der plötzlichen Genesung des deutschen Patienten herumgesprochen, beginnt auch schon die Suche nach dem Wunderdoktor. Sozialdemokratische Modernisierer wurden sofort fündig: Ein später Schröder-Effekt hat die Wende zum Besseren eingeleitet. Die Agenda 2010 wirkt, die Arbeitsmarktreformen greifen. Hartz IV beschäftigt nicht nur Juristen. Diese Auslegung wollte der schwarze Ehepartner aber nicht akzeptieren. Und so wurde die ökonomische Märchenwelt um den »Merkel-Effekt« bereichert. Schließlich war es doch die Kanzlerin, die Verbrauchern und Unternehmern wieder Mut gemacht hat.

Schlechte Zeiten für Kabarettisten. Der Berliner Politikbetrieb stiehlt ihnen komplett die Schau. Der aktuelle Aufschwung hat mit der stark angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre soviel zu tun wie die Geburtenhäufigkeit mit der Anzahl der Störche. Was wir gegenwärtig erleben, ist der Verlauf eines ganz normalen Konjunkturzyklus. Der Aufschwung schafft dabei mehr Arbeitsplätze als alle so genannten Reformen zusammen. Mehr Druck auf Arbeitslose und eine schnellere Vermittlung verpufften in den Jahren der Wachstumsschwäche wirkungslos. Gleiches galt für Steuergeschenke und Bürokratieabbau. Nach fast fünf Jahren Wachstumsflaute modernisieren die Unter-



»Der aktuelle Aufschwung hat mit der stark angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre soviel zu tun wie die Geburtenhäufigkeit mit der Anzahl der Störche.«

nehmen ihre Produktionsanlagen. Die Firmen müssen investieren, wollen sie nicht an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das Ende des Euro-Höhenflugs und mehr Aufträge für die kriselnde Bauwirtschaft sorgen für zusätzlichen Rückenwind. Auch die Verbraucher greifen wieder tiefer in die Taschen. Neben dem Exportmotor ist nun auch die Binnennachfrage angesprungen. Kein Grund zum Jubeln: Denn die Konsumlust wird nicht lange anhalten. Zwar schlagen die Verbraucher jetzt bei Unterhaltungselektronik und Wohneinrichtung kräftig zu, um die drohende Mehrwertsteuererhöhung

vorwegzunehmen. Im Frühjahr 2007 ist dieses Konsumfeuerwerk aber schon wieder abgebrannt. Eine wirkliche Trendwende auf dem Binnenmarkt ist nicht in Sicht. Voraussichtlich werden die Reallöhne auch in diesem Jahr sinken. Der gute IG Metall-Abschluss und der konjunkturbedingte Beschäftigungsaufbau reichen nicht aus. Beim Nominallohnzuwachs ist Deutschland europäisches Schlusslicht. Die Reallöhne kommen seit zehn Jahren nicht mehr vom Fleck. Eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung, die den Inflationszuwachs plus den Produktivitätszuwachs berücksichtigt, ist in weite Ferne gerückt. Diese chronische Lohnschwäche hat strukturelle Ursachen: Der finanzmarktgetriebene Unternehmensumbau hat die Machtverhältnisse zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verschoben. Neue Management- und Restrukturierungskonzepte ließen dezentrale Unternehmensnetzwerke mit flachen Hierarchien und flexibler Produktion entstehen. Unternehmensinterne Prozesse sind heute marktgesteuert. Die einzelnen Unternehmenseinheiten werden als Cost-/Profitcenter organisiert. Die Internationalisierung der Produktion führt zu einem entfesselten nationalen und internationalen unternehmensinternen Standortwettbewerb. Die Shareholder-Value-Orientierung der großen Kapitalgesellschaften verschärft den Verteilungskonflikt.

Die Tariflandschaft hat sich unter dem Druck der Verhältnisse differenziert und dezentralisiert, die prekäre Beschäftigung – wie befristete Arbeitsverträge, geringfügige Beschäftigung oder Teilzeitarbeit – wächst, und der Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Armutsfürsorge (Hartz IV) erhöht den Lohn- und Arbeitslosigkeitsdruck. Die hohe Arbeitslosigkeit besorgt den

Rest. Nur noch 68 Prozent der westdeutschen Beschäftigten werden von Tarifverträgen erfasst. 1998 waren es noch 76 Prozent. Haus- und Firmentarifverträge nehmen zu. Jedes zweite Großunternehmen hat heute eine Standortvereinbarung. Drei Viertel aller tarifgebundenen Unternehmen verfügen über Differenzierungs- und Öffnungsklauseln. Der Niedriglohnsektor breitet sich ungehindert aus. Etwa 17,4 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten verdienen heute weniger als 1630 Euro brutto. Im Ergebnis weichen die Bruttolöhne immer stärker von den Tarifabschlüssen ab. Die Einkommensverteilung wird ungleicher.

Ein sich selbst tragender vier- bis fünfjähriger Aufschwung hätte den Gewerkschaften helfen können, aus der lohnpolitischen Defensive herauszukommen. Die Politik ist jedoch gerade dabei, diese Hoffnung fahrlässig zu zerstören. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung und die Kürzungen bei Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag und anderen Dingen ziehen den Beschäftigten 2007 über 30 Milliarden Euro aus der Tasche. Gleichzeitig sollen Steuergeschenke an die Unternehmen in Höhe von fünf bis zehn Milliarden Euro verteilt werden.

Die Europäische Zentralbank unterstützt diesen Kamikazekurs, indem sie kräftig an der Zinsschraube dreht. Der konjunkturelle Absturz scheint programmiert. Auf ein öffentliches Investitionsprogramm, bessere Regeln auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa den Mindestlohn, und strengere Vorschriften auf den Kapitalmärkten, wie die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen oder der Börsenumsatzsteuer, warten wir bisher vergebens.

Es ist jetzt an der Zeit, den politisch Verantwortlichen die rote Karte zu zeigen. ◀

Zur Person

Reichtum und seine Ursachen

Dierk Hirschel ist Chefökonom für Makroökonomie und Konjunkturanalyse beim DGB-Bundesvorstand. Er wurde 1970 in Nürnberg geboren. Nach einer Ausbildung zum Tischler studierte Hirschel Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Bremen. Er promovierte in Lüneburg. Seit 2003 ist er Chefökonom des DGB. 2004 erschien sein Buch »Einkommensreichtum und seine Ursachen«. Hirschel hat am »Armuts- und Reichtumsbericht 2005« mitgearbeitet und über das Thema Einkommensreichtum geforscht.



Im »Dau wat«-Ferienlager: Kinder von Erwerbslosen können sich oft keinen Urlaub leisten

»Dau wat« heißt »Tu was«

»URLAUB VOM ALLTAG«

Ferienzeit heißt Urlaubszeit. Doch Kinder von erwerbslosen und sozial benachteiligten Menschen können sich oft keinen Urlaub leisten.

Das Projekt »Kinderferienlager« der gewerkschaftlichen Arbeitslosenbetreuung »Dau wat« in Rostock, Schwerin und Stralsund ermöglicht Kindern einen Urlaubskurztipp.

»Die Nachtwanderungen sind besonders beliebt«, sagt Doris Lams, die Projektbetreuerin des Vereins in Rostock. Aber auch Besuche in Freizeitparks, Tanzwettbewerbe am Discoabend und zahlreiche Spiel- und Sportaktivitäten in der freien Natur sorgen für eine spannende Abwechslung. Denn der Alltag zu Hause ist für die Kinder oft trist genug.

Das Projekt »Kinderferienlager« finanziert sich durch Spenden von Firmen, Privatpersonen, Parteien und anderen sozialen Institutionen. Träger des Vereins sind die IG Metall und die Gewerkschaft Verdi. Schon seit über zehn Jahren werden die Fahrten für benachteiligte Kinder organisiert. Kein Wunder, dass der Rostocker Verein im Jahre 2000 von der Stiftung »Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut« in Bielefeld unter 74 Bewerbern aus 16 Bundesländern mit dem Förderpreis der Solidarität für seine »nachahmenswerte Aktion« ausgezeichnet wurde.

Etwa 35 Kinder können jährlich mitfahren. Sie sind zwischen acht und 13 Jahre alt.

Während der Fahrt werden sie von fachkundigen Pädagogen betreut. Ohne »Dau wat« müssten die Kids ihre Ferien zu Hause verbringen. Die Kosten für die Fahrt belaufen sich in der Regel auf 220 Euro pro Kind und werden größtenteils vom Verein getragen. Die Eltern müssen lediglich einen Eigenanteil von 40 Euro erbringen. Ein bisschen bürokratisch geht es aber auch bei »Dau wat« zu: Eltern müssen die Teilnahme ihres Kindes schriftlich beantragen und dabei eine Kopie ihres Leistungsbescheids vorlegen.

»Die Kinder können am wenigsten etwas dafür, dass die Eltern keine Arbeit oder wenig Geld haben«, weiß Doris Lams. Vielleicht ist es auch ein Grund dafür, dass Eltern kurz nach Ende einer Ferienfahrt ihren Nachwuchs wieder alle für das nächste Lager anmelden. Darum ist es für Doris Lams immer die schwierigste Entscheidung, welches Kind mitfahren kann: »Die Kinder kommen ja schon aus armen Familien. Darum entscheidet vor allem der Grad der Bedürftigkeit, wer mitfährt.«

Dieses Jahr ging die Fahrt nach Gallentin in Mecklenburg-Vorpommern. Viele Freundschaften wurden unter den Kindern geschlossen. Um so schwieriger fällt ihnen der Abschied. Doris Lams: »Auch wenn sich alle Kinder wieder auf ihre Familie freuen: Beim Abschied kullert die eine oder andere Träne – auch bei den Betreuern.« ◀

